

# Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe.  
Abonnementspreis 1,00 Mark pro  
Quartal zzgl. Postgebühren. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten sowie die Expedition,  
Berlin S. 58, Rottbuserdamm 23 T.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate  
pro vierpaltige Zeile 60 Pf.,  
Stellengebote 40 Pf.; für Ver-  
bandsmitglieder 40 Pf.; Veran-  
lagungsanzeigen 20 Pf. Preisauf-  
schläge für den Betrag beizufügen.

Nr. 4

Berlin, den 22. Januar 1910.

26. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Um Irrtümer im Leben der Beitragsmarken zu vermeiden, wollen die Mitglieder beachten, daß für die Woche vom 30. Januar bis 5. Februar das mit Ziffer 5 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder der Mitgliedskarte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

2. Die Berichtskarten für das kaiserliche statistische Amt sind für das 4. Quartal 1909 vom Gauvorstand im Gau II und von den Zahlstellen Bremerhaven, Burgstädt, Göttingen, Gildesheim, Stolzenz und Renscheid nicht oder so spät eingesandt worden, daß die Angaben bei der Zusammenstellung nicht mehr verwandt werden konnten. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen dringend, den in Betracht kommenden Funktionären die rechtzeitige Einlieferung der Berichtskarten zur absoluten Pflicht zu machen.

3. Da sich in der Praxis gezeigt hat, daß bei der Aufnahme der Statistik über Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden Zweifel darüber vorliegen, welche Tage als Stichtage für die Zählung der Arbeitslosen zu gelten haben, werden wir diese Tage für die Folge immer an dieser Stelle bekannt geben. Nach einer Mitteilung des kaiserl. statistischen Amtes sollen als Stichtage für die Zählung der Arbeitslosen, worüber Angaben in den Feldern 7-12 der Berichtskarte (vergl. Handbuch Seite 224) zu machen sind, im laufenden Quartal der 29. Januar, der 26. Februar und der 2. April gelten.

4. Ausgeschlossen auf Grund des § 15b des Statuts wurde in Hamburg der Etuisarbeiter Verthold Precht aus Hamburg (Buchnummer 20 239). Der Verbandsvorstand.

## Der preußische Wahlrechtskampf.

Die arbeitende Bevölkerung Preußens ist in einen neuen Abschnitt ihres Kampfes um ein besseres und gerechteres Wahlrecht eingetreten. Eingeleitet wurde dieser durch den preußischen Parteitag, der in den ersten Tagen des Januar stattfand. Landtagsabgeordneter Ströbel behandelte dort die Wahlrechtsfrage und brachte er das feste und entscheidende Verlangen der arbeitenden Bevölkerung Preußens und des übrigen Deutschen Reiches treffend zum Ausdruck. Nicht nur das preußische Volk hat ein Interesse an der Beseitigung des elendesten aller Wahlssysteme — wie ein Bisмарck das Dreiklassenwahlrecht nennen konnte —, sondern auch das der übrigen Bundesstaaten. Preußen ist die führende Macht in Deutschland, und wenn es gelingt, das Wahlrecht, welches heute nur eine Verhöhnung eines solchen darstellt, zu beseitigen, dann wird auch eine Wendung zum Besseren dort leichter durchzuführen sein, wo dies, gleich wie in Preußen, notwendig ist.

Die Führung des Wahlkampfes hat die politische Organisation der Arbeiterschaft in Händen. Das kann nicht anders sein, denn einzig und allein die Arbeiterschaft ist es, die den Kampf ums Wahlrecht ernsthaft betreibt. Die Arbeiterschaft allein

auch ist es, die aus dem Wahlrechtskampfe Nutzen ziehen wird insofern, als eine noch weitere Verschlechterung des Wahlrechtes ausgeschlossen sein muß. Jede, auch die geringste Milderung darf nur eine Besserung des bestehenden Zustandes herbeiführen. Damit ist keineswegs ausgesprochen, daß nun auch jede, auch die geringste Milderung des Verlangens nach Besserung befriedigen wird. Das Gegenteil ist richtig: Der Wahlkampf wird jetzt nicht eher ruhen, als bis die Forderungen der Arbeiterschaft durchgesetzt sind. Das ist der feste Wille der arbeitenden Bevölkerung, und daran gibt es nichts zu rütteln. Die reaktionären Parteien, die Vertretungen der Krant- und Schlichtjunker ruhen in diesem Kampfe ebensowenig wie wir. Brutal und rücksichtslos kämpfen sie um die Erhaltung ihrer Vorrechte. Die Beseitigung des jetzigen Wahlrechtes bricht ihre Macht zu einem hohen Grade, das ist es, was sie fürchten. Der Arbeiter, der gewerkschaftlich gut organisiert ist, versteht es, seine Lebenslage zu heben. Er erringt sich in hartem Kampfe mit dem Unternehmer gute Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die herrschenden Klassen dagegen rauben ihm das mühsam Errungene dadurch wieder, daß sie die Lebensbedürfnisse des Arbeiters dank der Hebermacht, die ihre Vertreter in den Parlamenten haben, so immens verteuern, daß von dem Erfolg des Kampfes des Arbeiters nicht sonderlich viel übrig bleibt. Darum ist es Lebensbedingung des Arbeiters, seinen Einfluß auf die Parlamente zu stärken, sich politisch an den gegebenen Stellen zu betätigen. Daran ist aber auch zugleich erkennbar, daß die gesamte arbeitende Bevölkerung — und nicht nur die einer bestimmten politischen Partei — am Ausgang des Wahlkampfes beteiligt ist.

Bis zur Stunde ist noch nicht bekannt, in welcher Richtung sich die von der Regierung vorgelegten Reformen des Wahlrechtes bewegen. Daß sie aber den Ansprüchen, die die Arbeiterschaft, also der übergroße Teil der Bevölkerung an eine Reform stellen muß, nicht nur nicht befriedigt, sondern sogar vollständig undiskutierbare Minderungen — man rede in der Presse in den letzten Tagen von einer Art Pluralismus, die dem Dreiklassenwahlrecht angefügt werden soll — bringen wird, das war schon zu erkennen, als Westmann Hollweg, der jetzige preußische Ministerpräsident, sich über die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen wie folgt ausließ:

„Das Reichstagswahlrecht ist für die Staatsregierung unannehmbar. Wenn die Geschichte einmal das Verdikt über das letzte Zeitalter abgeben wird, wird sie rühmend hervorheben, daß ein Grundzug unseres Zeitalters der ist, die armen Schichten der Bevölkerung in etwas erhöhtem Grade an den Segnungen der Kultur und Zivilisation teilnehmen zu lassen: aber sie wird uns nicht den Tadel ersparen können, daß wir bei diesem Bestreben in einen gewissen Konflikt von Stimmungen geraten sind. Es ist etwas durchaus Ungesundes; es ist ein Unheil, daß wir jede politische Aktion abhängig machen von den Wirkungen, die sie auf die Sozialdemokratie ausübt. Das sollten auch diejenigen bedenken, die so ungestüm nach einem neuen Wahlrecht rufen und die sich in erster Linie als die Vertreter der modernen Entwicklung bezeichnen. Wenn die Kräfte, die in unserer Volks noch nicht erstorben sind, Kräfte, die mit

unserer historischen Entwicklung zusammenhängen, die sich mit Unwillen abwenden von den Auswüchsen einer Bewegung, die schließlich alles Menschliche zu vernichten trachtet, weil ihr nichts Menschliches mehr heilig ist, weil sie keine Achtung vor den Gesetzen der Liebe und Treue zum Stamme ihres Volkes hat, vor dem gemeinsamen Herd und vor allem, was das Haus beherbergt, die nichts will als ihre Macht zu etablieren auf den Fundamenten des Hasses und Terrorismus — nein, es bestehen in unserer Volks noch Kräfte, die dieses Treiben satt sind. Und diesen Kräften wird unsere Zukunft gehören. . . .“

Das „Unannehmbar“ der Regierung, ausgesprochen durch den Mund des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten, ist kein Wall, den die proletarischen Sturmfluten nicht mit Leichtigkeit zu nehmen vermöchten. Die Geschichte hat uns schon mehr „Unannehmbar“ der Regierung gebracht, und es wäre nicht das erste Mal, daß aus dem „Unannehmbar“ einer auf seine Gewalt pochenden Regierung das glatte Gegenteil wird. Und das muß es werden, wenn die Arbeiterschaft nicht weiterhin als gutwilliges Ausbeutungsobjekt junkerlicher und agrarischer Willfür betrachtet werden soll. Denn ganz dem schönen Wahlssystem mit seinem Privilegium des Geldsacks und öfters in der wirtschaftlichen und politischen Rückständigkeit, mit seiner schmachtvollen Entredung der ungeheuren Mehrheit des Volkes, der Arbeiterschaft in Stadt und Land und des kleinen Mittelstandes entspricht denn selbstverständlich auch die Zusammensetzung des „hohen Hauses“ der preußischen Abgeordneten. Interessant ist da, zu sehen, aus welchen Berufsgruppen sich das Dreiklassenparlament zusammensetzt. Die Statistik des preußischen Landesamtes gibt darüber folgende Auskunft: 47 aktive Verwaltungsbeamte, 52 aktive Justizbeamte, 5 aktive Offiziere, 13 Offiziere und Staatsbeamte a. D., 18 Gemeinde- und Korporationsbeamte, 19 Universitätsprofessoren und Lehrer, 5 evangelische Geistliche, 15 katholische Priester, 26 Rechtsanwälte, 9 Kaufleute, 12 Privatbeamte, 157 Landwirte, 25 Gewerbetreibende und Industrielle, 4 Ärzte, 7 Schriftsteller und Journalisten, 27 Rentner und — 2 Arbeiter. Unter den 157 Landwirten, unter die sich unbefangene Seelen sehr leicht kleine Bauern denken könnten, befinden sich 113 Großgrundbesitzer.

So sieht die Spottgeburt aus, die sich preußischer Landtag nennt. Daß diese wohlhabenden Herren für die Bedürfnisse des Volkes, das zu vertreten sie sich nicht entblößen zu sagen, keinen Dunst haben, ist klar. Das Proletariat muß seinesgleichen zu seiner Vertretung bestimmen, dann nur kann ihm auf geschmackliche Weise geholfen werden. Die Arbeiterschaft, die den Staat durch die Aufbringung der Mittel für die ins Unendliche gesteigerte Steuerlast erst erhält, muß in der Frage der Wahlrechtsreform einig sein. Es sind die Lebensinteressen, die sich an diese Reform knüpfen. Durch alle Geschneidungen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswezens, der Rechtsprechung u. a. m. wird das Volk in erster Linie getroffen. Den Bundesstaaten sind die Ausführungsbestimmungen der Versicherungsgefeße, des Arbeiterschutzes (Fabrik- und Gewerbeinspektion) unterstellt. Im Reichstag knieken die offiziellen Regierungsvertreter so häufig, wenn es gilt, Rechenschaft abzulegen über Verträge, die gegen die Arbeiterklasse gerichtet waren, da ist die Reichs-

tagstribüne unzuständig, da flüchteten sie in die Landtage, wo sie vor einer Kritik einigermaßen sicher waren. Und darum ist es notwendig, daß auch das Volk durch seine parlamentarische Tätigkeit eine Kontrolle auf die Verwaltungstätigkeit des Staates ausüben vermag.

Ueber die volle Un Sinnigkeit des Dreiklassenwahlrechts ist in den Tageszeitungen schon so viel geschrieben worden, daß ein näheres Eingehen hierauf sich erübrigt. Nur der Hinweis sei gestattet, der da so recht zeigt, wie rechtlos, wie infam geredet die Arbeiterschaft ist. Hunderttausend Stimmen mußte diese aufbringen, um einen Abgeordneten zu erhalten, bei den Konserbativen und Freikonserbativen genügte noch nicht zweitausend. Solche Tatsachen sind es, die der Reaktion folger denn je ihr Haupt erheben lassen, die mehr denn je zuvor in wildem Haß die Sturmkolonnen der Arbeiterschaft aufzuhalten versuchen. Sehen wir es doch erst in diesen Tagen wieder, wo der Berliner Polizeipräsident kalten Blutes die Freie Jugendorganisation auflöst, nachdem er sie gegen jedes Rechtsempfinden, ja unter direkter Rechtsbeugung schikanierte und endlich als politisch erklärte, womit er den Grund zur Auflösung sich schaffte. Das zeigen auch die um die Jahreswende erlassenen Verfügungen der preussisch-hessischen und sächsischen Eisenbahnverwaltungen, die gewerkschaftliche Organisationen als ordnungsfeindlich hinstellte und bei Hungerstrafe ein striktes Verbot erließ, diesen Organisationen beizutreten. Das zeigt sich weiter in dem gesetzlich festzulegenden Verbot der gewerkschaftlichen Koalitionsfreiheit einer ganzen Reihe von Berufsgruppen, wie wir erst im Leitartikel der letzten Nummer darlegen konnten. Ist es nach alledem noch notwendig, auf alle die Massenurteile zu verweisen, die ob ihrer Härte das Blut in den Adern starren machen? Wohl kaum, die Ereignisse der letzten Zeit reden eine zu deutliche Sprache, um dem Arbeiter nicht zu zeigen, wohin er gehört, wenn es jetzt und in diesen Tagen heißen wird: Freischauf zum Kampf. Und gerade die letzten Hinweise zeigen, daß auch dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Kampf ums Wahlrecht nicht fremd sein darf. Für ihn steht zu viel auf dem Spiel, als daß er untätig zusehen könnte, wie der politisch organisierte gegen schwächliche Knechtung anstürmt. Wir sind gewiß, daß auch unsere Kollegen nicht säumen werden, dem Rufe zu folgen, sobald er erschallt.

## Das Wirtschaftsjahr 1909.

In der „Leipziger Volkszeitung“ gibt F. Karstki folgenden Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1909:

Das abgelaufene Jahre brachte eine Wendung der Konjunktur. Noch sind freilich die Befürchtungen von Rückschlägen in einzelnen Industriezweigen keineswegs ausgeschlossen. Ziemlich sicher ist wohl auch, daß die Besserung der allgemeinen Geschäftslage sich nur sehr langsam vollzieht, wenigstens soweit Europa und ganz speziell Deutschland dabei in Frage kommt, aber jedenfalls ist der Tiefstand der Krise überwunden. Die einzelnen Unternehmergruppen werden jedenfalls das Jahr recht verschieden einschätzen. Die Großgrundbesitzer werden es zu den besten zählen, da sie bei guter Ernte ungewöhnlich hohe Preise erzielten. Von den Industriellen werden die einen sich freuen, gerade noch mit einem blauen Auge davongekommen zu sein, während andere jetzt schon mit einer Steigerung der Profite sicher rechnen können. Die Kaufleute werden kaum Grund zu besonderer Zufriedenheit haben, da die Gestaltung der Preise zu unsicher und deshalb die Handelsumsätze beschränkt waren. Die Arbeiterschaft aber hat die Nachteile der Krise am schwersten empfunden und die Besserung der Konjunktur ist ihr bisher kaum noch bemerkbar geworden. Genau wie das Vorjahr brachte 1909 der Arbeiterklasse im allgemeinen verminderte Arbeitsgelegenheit, gedrückte Löhne und teure Lebensmittel. Nur insofern besteht ein Unterschied, als zum Schlusse des Jahres die Aussichten für die Zukunft weniger trostlos sind als zu Beginn.

Im Jahre 1908 und in der ersten Hälfte 1907 hatte die kapitalistische Welt wieder einmal die Produktionsmöglichkeiten aufs äußerste angepannt, sie durchlebte eine Periode der Hochkonjunktur. Bereits im Hochsommer 1907 machten sich Anzeichen

des nahen Umschwunges bemerkbar, und im Herbst erfolgte dann der Krach: der Warenabsturz ging zurück, der Geldumlauf kam ins Stocken, die Produktion wurde eingeschränkt, die Bankrotte mehrten sich. Das ganze darauf folgende Jahr stand im Zeichen der Krise und auch die ersten Monate des Jahres 1909 zeigten das gleiche Bild. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres machten sich Zeichen der Besserung bemerkbar. Somit hat die Krise ungefähr 1½ Jahre gedauert. Im Vergleich zu früheren Jahren jedenfalls eine sehr lange Spanne Zeit. — Der Krach war zuerst in Amerika ausgebrochen, weil dort die Ausdehnung und Anspannung der Produktivkräfte am raschesten erfolgt war. Man hatte daher nicht nur eine Ueberproduktion herbeigeführt, sondern auch die Spekulation über alle Maßen hinaus übertrieben, was zur Folge hatte, daß eine Geldkrise hereinbrach. Aber die Vereinigten Staaten haben sich auch schneller als das alte Europa von der Krise erholt, und die Belebung des Marktes erhielt den ersten Anstoß jedenfalls von jenseits des Ozeans. Die „Geldkrise“ war bald überwunden, denn dabei handelte es sich schließlich nur um Ausmerzungen der Elemente, die den Kredit mißbraucht hatten. Sobald die soliden Unternehmer wieder Kapital brauchten, stand es ihnen alsbald zur Verfügung. Es wurde einfach Kapital aus Europa beschafft, indem für viele Millionen Mark amerikanischer Papiere nach Europa verkauft wurden, zum Teil auch in europäischen Banken lombardiert (als Pfand gegen geliehenes Geld hinterlegt) wurden. Da nun in Amerika für die Entfaltung der kapitalistischen Produktion noch viel Spielraum ist — es fehlt an Bahnen, die natürlichen Reichtümer des Landes liegen noch zu einem großen Teile brach — so wurde alsbald, nachdem dieser Kapitalzufluß erzielt war, die Produktion erweitert. Es genügte z. B., daß die großen Eisenbahngesellschaften ihre finanziellen Pläne realisierten, um die Eisenindustrie in günstige Verfassung zu setzen: diese Gesellschaften verschafften sich neues Kapital und gaben so große Aufträge in Eisenmaterial an die Eisenwerke, daß diese für eine Reihe von Monaten vollauf damit zu tun haben. Dazu kam, daß die amerikanischen Farmer im Jahre 1908 zwar keine sehr reiche Ernte einheimst, aber ihr Getreide zu überaus hohen Preisen verkaufen konnten, während sie 1909 eine sehr reiche Ernte hatten und trotzdem abermals hohe Preise erzielten. Dadurch werden diese Farmer instand gesetzt, neues Kapital in ihren Betrieben anzulegen, und das bewirkt eine bedeutende Nachfrage nach Waren. In diesen Vorgängen, die auf ganz regelmäßige Weise eine Belebung der amerikanischen Wirtschaft herbeiführten, kommt ein anderer, der das Gepräge der Künstlichkeit an sich hat: der Zolltarif ist revidiert worden. Dabei wurden einige unsinnige Zölle auf Rohmaterial — z. B. Eisenerz und Häute — beseitigt oder doch reduziert, was den Anstoß zu neuen Unternehmungen gibt. Andere Zölle wiederum wurden erhöht, was zur Folge hatte, daß vor dem Inkrafttreten des neuen Tarifes eine starke Wareneinfuhr stattfand.

Sehr charakteristisch ist nun, daß die Produktion in den Vereinigten Staaten alsbald in sehr scharfem Tempo erhöht wurde. Am schärfsten kommt das in der Produktion von Roheisen zum Ausdruck. Die höchste Zahl wurde im Oktober 1907 mit 2 337 000 Tonnen erreicht, dann sank sie rapid, weil die Werke stillgelegt wurden, aber im September 1909 wurden bereits wieder 2 385 000 und im Oktober 2 593 000 Tonnen produziert. Es wird voraussichtlich die Jahresproduktion im Jahre 1909 die Rekordziffer des Jahres 1907 von 26 Millionen Tonnen übersteigen. Es haben eben die großen Werke, und allen voran der Stahltrakt, während der Krise ihre Anlagen gewaltig erweitert, die Produktionsmöglichkeit ist jetzt bei weitem größer als während der Hochkonjunktur, und es wird blind darauflos produziert. Ob sich unter diesen Umständen nicht alsbald wieder eine Ueberproduktion einstellen wird, bleibt abzuwarten. Auch die Wareneinfuhr und -Ausfuhr der Vereinigten Staaten hat während des Jahres 1909 gewaltig zugenommen und wird nur wenig gegen die Rekordziffern des Jahres 1907 zurückstehen. Hand in Hand mit dieser Belebung des wirtschaftlichen Gebietes jenseits des Ozeans geht auch die Nachfrage nach „Händen“: während im Jahre 1908 die Arbeiter in Massen

nach Europa zurückströmten, ist 1909 wieder eine ganze Armee hinübergewandert. Ueber Bremen und Hamburg allein wanderten aus in den ersten 11 Monaten des Jahres 1907 411 000 Menschen, 1908 134 000, 1909 273 500. Das alles deutet darauf hin, daß in den Vereinigten Staaten nicht nur die Krise überwunden ist, sondern vielleicht sich alsbald eine neue Hochkonjunktur entwickelt, auf die dann freilich unerbittlich der Rückschlag folgen müßte. Ähnliches ereignete sich ja auch bei der vorletzten Krise: sie machte sich in Europa und Amerika 1901 geltend; Amerika hatte sie indessen 1902 bereits wieder überwunden, aber es machte 1904 einen neuen Krach durch, während Europa sich noch allmählich von dem ersten erholt.

Daß eine Wendung zum Besseren eingetreten ist, zeigt vor allem der Außenhandel Englands. In den ersten neun Monaten jeden Jahres stellen sich die Werte der Ausfuhr und Einfuhr Englands in Millionen Pfund Sterling folgendermaßen:

	1909	1908	1907	1906	1905	1904
Einfuhr . . .	450	436	475	443	410	398
Ausfuhr . . .	345	343	392	394	300	275

Der Warenumsatz Englands, der immer noch als der beste Maßstab der Lage des Weltmarktes dienen kann, war also in den ersten drei Quartalen lebhafter als im Jahre 1908, erreichte jedoch nicht die Höhe des Hochkonjunkturjahres 1907.

Der Außenhandel Deutschlands für die ersten 11 Monate des Jahres zeigt folgendes Bild:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1. Januar bis Ende November		1. Januar bis Ende November	
	dz	dz	dz	dz
1909 . . .	573 647 843	438 096 828	418 310 193	410 224 695
1908 . . .	555 750 469	401 815 573	369 014 782	352 518 072
1907 . . .	608 060 888	401 815 573	369 014 782	352 518 072
1906 . . .	532 659 318	369 014 782	352 518 072	318 923 819
1905 . . .	455 171 291	318 923 819	300 439 395	279 905 638
1904 . . .	445 219 141	300 439 395	279 905 638	—
1903 . . .	431 648 199	—	—	—
1902 . . .	400 442 160	—	—	—
1901 . . .	421 372 651	—	—	—
1900 . . .	412 999 250	—	—	—

Dabei war im ersten Quartal die Einfuhr und Ausfuhr noch hinter der des Jahres 1908 zurückgeblieben und erst im dritten Quartal zeigte sich eine starke Zunahme. Zu bedenken ist dabei, daß bei der eigenartigen Gestaltung der Verhältnisse der deutschen Montanindustrie die Steigerung der Ausfuhr nicht immer als ein günstiges Zeichen zu betrachten ist. Es wurden 1908 um 8 Millionen Doppelzentner mehr ausgeführt als 1907, und 1909 um nahezu 20 Millionen Doppelzentner mehr als 1908. Aber davon fiel der größte Teil auf Kohle und Eisen. Es haben die Unternehmerverbände die Ausfuhr forciert, weil im Inlande kein Absatz war, und dabei haben sie vielfach die Ware verschleudert. Erst in den letzten Monaten machte sich ein etwas regerer Bedarf an Eisen bemerkbar und der Preis konnte erhöht werden.

Zieht man den Verband des Stahlwerksverbandes an A.-Produkten (d. h. Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen) in Betracht, so ergibt sich folgendes Bild: Es wurden versandt in Tonnen:

	1908	1909
Januar . . .	383 056	409 191
Februar . . .	420 508	397 635
März . . .	486 468	520 811
April . . .	371 956	364 699
Mai . . .	414 855	377 718
Juni . . .	378 361	418 626
Juli . . .	388 709	397 914
August . . .	401 159	419 016
September . . .	404 608	438 904
Oktober . . .	414 644	420 894
November . . .	341 578	300 355
Dezember . . .	358 491	—

Es war also ein schweres Ringen um den Markt; in einzelnen Monaten war der Absatz reichlicher als im Vorjahre, aber in anderen blieb er noch unter dem Tiefstand dieses Krisenjahres, und jedenfalls kann von einer sicheren Besserung des Eisenmarktes noch nicht gesprochen werden. Das deutet aber darauf hin, daß die eisenverbrauchenden Gewerbe — das Baugewerbe, die Maschinenindustrie — noch nicht eine wesentliche Steigerung der Beschäftigung aufweisen.

(Schluß folgt.)

### Arbeiterschutz an Schneidemaschinen.

#### III.

In den Anfängen der Maschinentechnik war es zunächst nur Aufgabe des Maschinenbauers, die manuelle Arbeitsleistung in maschinelle umzuwandeln. Die Anforderungen des Arbeiterschutzes konnten erst Berücksichtigung finden, nachdem man die zahlreichen Gefahren, welche den Arbeiter bei der maschinellen Produktion bedrohen, in ihrer ganzen Größe erkannte und nun bestrebt war, sie zu mildern. Es ist darum heute nicht nur Aufgabe des Maschinentechnikers, seine Maschine möglichst leistungsfähig zu bauen, sondern ihm erwächst auch die Pflicht, sie möglichst unfalltüchtiger herzustellen. Es ist auch der neuzeitlichen Maschinenproduktion gelungen, Maschinen, die schon durch ihre gigantische Größe dem Laien Furcht und Schrecken einflößen, in geradezu ideeller Weise unfalltüchtiger zu konstruieren. Natürlich muß auch hier berücksichtigt werden, daß alles Menschentwerk nur Stückwerk ist und auch trotz des besten Arbeiterschutzes, durch mangelnde Vorsicht oder einen unglücklichen Zufall, Unfälle den Arbeitenden ereilen können. Die Unfallgefahr, die die Art der Beschäftigung mit sich bringt, kann nie gänzlich aus der Welt geschafft werden, aber die erwähnten vermeidbaren Unfälle sind durch zweckmäßige Maschinenkonstruktion zu beseitigen. Und dieser Aufgabe sind in neuerer Zeit wohl alle namhaften Maschinenfabriken, die sich mit dem Bau von Schneidemaschinen beschäftigen, gerecht geworden. Sie mußten ihr schon entsprechen, um konkurrenzfähig bleiben zu können, denn die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft gibt seit einiger Zeit an die Betriebsinhaber Verpflichtungsscheine nachstehenden Wortlauts aus, damit diese bei Neubestellungen unter allen Umständen dem heutigen Stand der Technik entsprechende, unfalltüchtiger konstruierte Maschinen erhalten:

#### Verpflichtung.

Die unterzeichnete Firma verpflichtet sich hierdurch, die bei ihr . . . . . bestellten Maschinen oder Anlagen, welche im nachstehenden Verzeichnis aufgeführt sind, mit den Abläßen und den von der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft allgemein vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen zu liefern.

Sie übernimmt ferner die Verpflichtung, nicht genügende Schutzvorrichtungen unentgeltlich zu ergänzen oder noch fehlende unentgeltlich nachzuliefern.

Ort und Zeit: . . . . .  
Unterschrift der Firma: . . . . .

Diese Verpflichtungsscheine werden auf Wunsch auch an die Inhaber kleiner Betriebe, die der Berufsgenossenschaft nicht angeschlossen sind, abgegeben. Zudem tagte aber auch im Januar 1905 in Berlin eine Konferenz mehrerer Maschinenfabrikanten mit den technischen Ausschichtsbeamten der drei in Frage kommenden Berufsgenossenschaften, die über den nötigen Arbeiterschutz beriet und das Resultat nun langsam auch in die Praxis eindringt.

Die Maschinenfabrik W. Ferd. Heim in Offenbach a. M. lieferte schon seit Jahrzehnten Papierschneidemaschinen für Motorbetrieb mit der Vorrichtung zum selbstständigen Stillstand bei höchster Messerlage und mit einer weiteren Vorrichtung zum sofortigen Stillsetzen in jeder Messerlage. Bei den neueren Maschinenkonstruktionen dieser Firma haben alle Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft Berücksichtigung gefunden. Es bezieht sich der Arbeiterschutz auf sachgemäßen Zahnradschutz, Abdecken der Speichen an zugänglichen Riemenscheiben und Schwungradern, Verkleiden von vortretenden Rippen am Messerbalken, Schutz der Führungsschlitze am Messerbalken, und zwar auf Vorder- und Rückseite, Sicherheitskurbel, sowie Selbstauslösung bei höchster Messerlage auch bei Maschinen für Handbetrieb. Bei Maschinen mit Motorantrieb ist natürlich auch die Vorrichtung zum sofortigen Stillstand in jeder Messerlage beibehalten worden und außerdem sind diese mit selbsttätiger Pressung versehenen Maschinen auch mit Messerschutz bei heruntergesenkter Schnittandenteileiste ausgerüstet.

Letzteres Schutzmittel ist sehr wesentlicher Natur. Es ereignet sich gar nicht so selten, daß der Arbeiter versucht, wellig gewordenes Papier glatt zu streichen, und zu diesem Zweck durch jenen Zwischenraum greift, der sich bei herabgesenkter Schnittandenteileiste zwischen ihr und dem Messer ergibt. Da der Arbeiter hierbei die Schnittandenteileiste, die durch das Gegengewicht und Gestänge stets gegen den Drucktattel zu pfeifen gesucht wird, durch Treten auf den Fußtritt auf dem Papierstoße lie-

gend hält, so kann leicht beim Durchgreifen zwischen Messerschneide und Schnittandenteileiste, also wenn der Arbeiter den Oberkörper etwas nach vorn neigt, der Fuß vom Hebel abgleiten und die Hand des Arbeiters infolge des durch das Gegengewicht bewirkte Hochgehens der Leiste in das Messer geschlagen werden und eine erhebliche Verletzung ist die Folge. Eine gelochte Blechschleibe, die an der Schnittandenteileiste befestigt ist, verhindert dies gefährliche Durchgreifen.

Ferner hat diese Firma den Fußtritthebel so konstruiert, daß Fußquetschungen vermieden werden und außerdem Vorkehrungen getroffen, die ein unbeabsichtigtes, plötzliches Herunterlaufen des Messerschlittens oder Drucktattels unter allen Umständen verhindern.

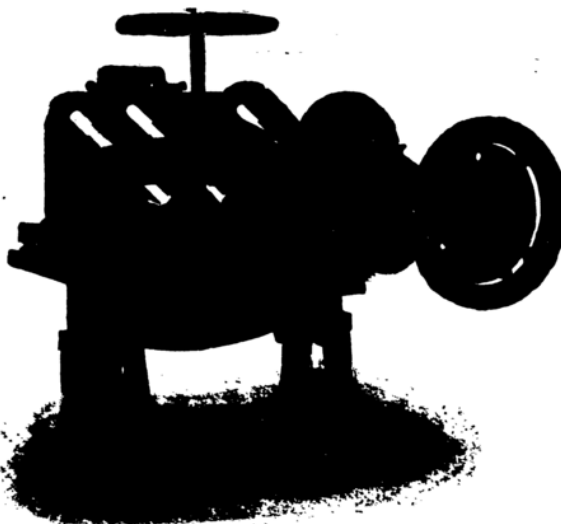


Fig. 15

Die Firma Chr. Mansfeld in Leipzig-Neuditz sucht den Ansprüchen der Unfallverhütung durch Schutzbleche gerecht zu werden. Sie gibt für die an ihren Maschinen angebrachten Schutzvorrichtungen besondere Prospekte mit Abbildungen heraus und weist in ihren neuen Preisverzeichnissen auf die erforderlichen Schutzmaßnahmen hin. Leider ist ein Teil der letzteren nicht gleich in den Preis ihrer Maschinen mit einbegriffen, was manchen sparsamigen Betriebsinhaber veranlassen kann, Maschinen zu bestellen, die nicht allen Erfordernissen der Unfallverhütung entsprechen.

Besondere Beachtung verdient eine Audauslösung, welche die Firma Chr. Mansfeld gebaut hat, die in Wirkung tritt, sobald der Arbeiter den Platz, den er zum Drehen des Schwungrades eingenommen hatte, verläßt. Es ist ein Fußtritthebel so angeordnet, daß ein Fuß des Arbeiters während des Schneidens bequem darauf ruhen kann, nachdem durch den Fuß die Schwungradkupplung eingerückt worden ist. Geht der Arbeiter nach vollendetem Schnitt wieder vor den Arbeitstisch der Maschine, so verläßt der Fuß den Tritt, und durch eine Feder wird die Kupplung ausgerückt. Es ist dadurch vollkommene Sicherheit gegen unbeabsichtigtes Niedergehen des Messerbalkens gegeben.

In ähnlicher Weise wie letztgenannte Firma sucht auch die Firma Dieck u. Risting in Leipzig-Neuditz ihre Maschinen unfalltüchtiger zu machen. Der Zahntranz der Kammräder wird durch einen gußeisernen Schieber abgedeckt und die Speichen nicht voll ausgelegener Zahnräder mit Blechschleiben geschützt. Die Messerhalterschlitze werden durch Blechverkleidung auf beiden Seiten geschützt und hohle Stellen im Messerhalter mit Holz ausgefüllt. An Stelle des letzteren Stützmittels fertigte diese Fabrik im letzten Jahre Maschinen, deren Messerhalter keine hohle Stellen, die zu Gefahrenquellen werden können, aufweist. Gegenwärtig ist die Firma im Begriff, Maschinen auf den Markt zu bringen, die auch die Schutzbleche an den Messerhalterschlitzen entbehren lassen, da bei ihnen auch bei tiefer Messerstellung die Schlitze nicht mehr ganz in den Maschinenrahmen hineingleiten. Die Schneidemaschinen dieser Firma sind auch so konstruiert, daß die Messer nicht an den Seiten des Maschinen-

rahmens hinausragen, allenfalls sind sie durch Ansätze an den Wänden so verdeckt, daß sie nicht die Hände eines Arbeiters unheilbringend berühren können. Maschinen mit Motorantrieb rücken auch bei den von dieser Firma gelieferten Maschinen das Messer nach jedem Arbeitsgang in höchster Lage selbsttätig aus, und sind diese auch so eingerichtet, daß das Messer in jeder beliebigen Stellung eingeklinkt werden kann. Auch bei Schneidemaschinen mit Handantrieb wird die Einrichtung des selbsttätigen Stillstandes bei höchster Messerlage auf Verlangen mitgeliefert. Die solcherart verbesserte Maschine kann durch bloßes Drehen des Schwungrades nicht in Betrieb gesetzt werden. Dazu ist erforderlich, daß der Arbeiter, wenn er mit der rechten Hand das Schwungrad in Bewegung setzt, mit der linken an einem Hebel die Kupplung des Messerhalters einrückt.

Josef Anger u. Söhne in Wien liefern Maschinen, die durch besondere Schutzbleche abgeschützt werden und mit einem Rechen ausgestattet werden können, der vor dem Herabgehen des Messers in Funktion tritt und so Verletzungen durch letzteres verhindert.

Schon mehrmals haben wir im Laufe unserer Ausführungen erwähnt, daß besondere Schutzbleche usw. gegen Unfälle an Maschinenrahmen überflüssig sind, wenn der Maschinenkonstrukteur die dort vorhandenen Gefahrenstellen schon beim Bau der Maschine verdeckt. Solches geschieht bei den Maschinen neuerer Konstruktion, welche die bekannte Maschinenfabrik Karl Krause herstellt. In Fig. 15 präsentiert sich unseren Kollegen eine Krause'sche Schneidemaschine. Bei ihr sind die Messerhalterschlitze so lang, daß sie auch bei tiefer Stellung des Messers noch über den Rahmen hinausragen, ebenso verschwinden auch die Rippen des Messerhalters nicht im Körper und Mund, so daß auch hier besondere Schutzvorrichtungen überflüssig sind. Daß diese Maschinen mit selbsttätiger Ausrückvorrichtung bei höchster Messerlage ausgerüstet sind, versteht sich am Rande, ebenso daß für Räder- und Speichenverkleidung gesorgt wurde.

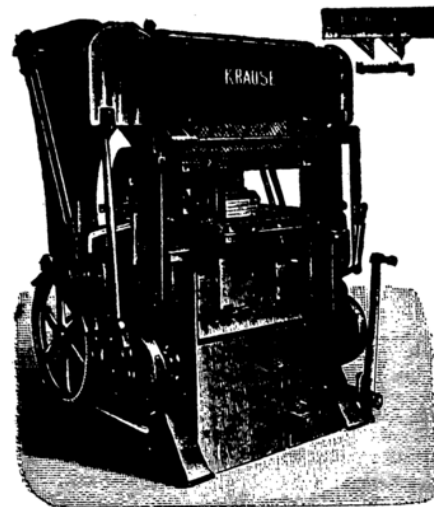


Fig. 16

Außerdem hat letztgenannte Firma für Schneidemaschinen mit Handbetrieb eine umklappbare Sicherheitskurbel konstruiert. Es kommt nicht einmal selten vor, daß durch die starke Kurbel Verletzungen hervorgerufen werden, wenn das Schwungrad sich allein umeinanderdreht. Die Krause'sche Sicherheitskurbel klappt nun um, wenn sie auf einen Widerstand stößt und der Stoß wird weniger schmerzhaft und gefahrbringender. Für Blechschneidemaschinen hat Krause einen Hebelhänger am Maschinenrahmen angebracht, der ein unbeabsichtigtes Herabgleiten des Hebels vermeidet. Ein federnder Metallstreifen hält den Hebel in seinem Aufhänger halb umspannt und geht von selbst zurück, wenn der Hebel niedergezogen wird.

Neuerdings baut Krause auch einen patentierten Schnell-Dreischneider „Krause“, der einen Raumbedarf von 2 Meter Breite, 2 Meter Tiefe und 2,2 Meter Höhe hat. Er hat eine solche hohe Leistungsfähigkeit, daß bei ununterbrochenem Betriebe etwa 5 Stöße in der Minute beschritten werden können, wobei die Einjahöhe von 175 Millimeter voll ausgenutzt werden kann.

Die Maschine — in Fig. 16 sehen sie unsere Leser im Bild — ist gleich mit den erforderlichen Schubvorrichtungen gebaut. Nach dem Einsetzen des Stoßes schiebt sich nach vorn, durch einen Kurvenbügel geführt, ein Schutzgitter vor, welches die Maschine vorn abschließt, dann gehen die beiden parallelen Messer herunter, die Seiten gleichzeitig beschneidend, worauf das dritte, querliegende, Messer zum Schnitt kommt. Ist letzteres in seine Anfangsstellung zurückgekehrt, so geht das Schutzgitter selbsttätig in die Höhe. Die Selbstreinigung löst sich aus, der feilliche Anschlag tritt in seine Anfangsstellung zurück und ein neuer Stoß kann eingeleitet werden. Der untere vordere Teil ist durch Holzwände verkleidet und geschützt. Die Zahnräder sind mit Abschützung der Zahneingriffstellen versehen. Auch diese Maschine kann in jeder Messerlage zum Stillstand gebracht werden, und ist zudem auf der linken Seite mit einer Rinne versehen, durch welche die Späne abgeführt werden.

Man sieht also, daß auch die eifertigen Titanen unter unseren eisernen Kollegen nicht notwendigerweise gefährliche Gesellen sein müssen, und sollte man glauben, daß an diesen neuen Schnell-Dreischneider Unfälle überhaupt ausgefallen sind, was hoffentlich sich auch in der beruflichen Praxis ergibt.

## Internationales.

### Das Internationale Buchbindersekretariat

wird voraussichtlich in der nächsten Zeit eine Erweiterung erfahren, indem die Organisation der französischen Papierarbeiter, sowie der Buchbinderverein in Sofia (Bulgarien) sich zum Anschluss an das I. B.-S. meldeten. Es liegen keinerlei Gründe vor, den Anschluss abzulehnen.

Voraussichtlich findet die 2. Internationale Konferenz im Anschluss an unsern Verbandstag (12. Juni und folgende Tage) in Erfurt statt.

**Kongress der belgischen Buchbinder-Föderation am 12. Dezember 1909.** Der Plan zur Errichtung eines Zentralverbandes bildete den einzigen Punkt der Tagesordnung dieses Kongresses. Es handelte sich dabei auch nicht um eine endgültige Beschlussfassung, vielmehr sollten die einzelnen Sektionen vorerst beraten, ob ein derartiger Zentralverband möglich und lebensfähig sei. Die endgültige Entscheidung über die Bildung ist dem zu Pfingsten 1910 stattfindenden Kongress belassen. Die Diskussion bot ein anregendes Bild und war die Meinung vorherrschend, dass unter gewissen Voraussetzungen der Bildung zugestimmt werden könne. Das Endergebnis war die einstimmige Annahme nachstehender Resolution: „Nach der gepflogenen Aussprache der Delegierten und nachdem man eingesehen, dass eine Verständigung gegenwärtig unmöglich ist, beschließt der Kongress, alle Sektionen aufzufordern, zu dem vorgelegten Reglement (Entwurf) Stellung zu nehmen und Abänderungsanträge innerhalb der nächsten zwei Monate zu stellen, damit diese Anträge durch eine Kommission geprüft werden können. Um die Diskussion über diese Änderungen zu erleichtern, sollen Delegierte zur Berichterstattung in alle Sektionen entsandt werden.“

**Schweden nach dem Generalstreik.** Die mächtige schwedische Arbeitgebervereinigung, die in dem gewaltigen Kampf des verfloffenen Jahres so schön „gesiegt“ hatte, suchte bekanntlich zum 15. Dezember Verhandlungen mit der Landesorganisation der Gewerkschaften anzuknüpfen. Aber die Gewerkschaftszentrale der angeblich zu Boden geschlagenen Arbeiterschaft wollte nur verhandeln, wenn die Arbeitgebervereinigung erst einmal den Rest ihrer veranstalteten Aussperrungen offiziell für beendet erklärte. Damit hätten die Unternehmer ihre Niederlage eingestanden. Aber das wollten sie nicht, und darum unterblieben die Verhandlungen. Ein allgemeiner Friedensschluss ist also nicht zustande gekommen, wenn auch der offene Kampf vorläufig als beendet gelten kann. Gegenwärtig herrscht im ganzen Lande sehr viel Arbeitslosigkeit. Viele der Arbeitslosen sind wegen ihrer eifrigen Beteiligung am Massenstreik gemassregelt. Sie werden von den Unternehmern durch schwarze Listen verfolgt. Im Buch-

binder-gewerbe ist oder war wenigstens bis vor kurzem die Zahl der Gemassregelten nicht übermäßig gross. Da die Arbeiten, die vor Weihnachten oder vor Neujahr fertig sein mussten, sich gehäuft hatten, waren die Unternehmer im allgemeinen froh, ihre alten, zuverlässigen Arbeitskräfte wieder zu erhalten. Gleichwohl hatte der schwedische Buchbinderverband noch kurz vor Weihnachten 40 Mitglieder zu unterstützen, die gemassregelt und nicht wieder eingestellt worden waren. Am grössten ist die Zahl der Gemassregelten in der Kleinstadt Oskarshamn. Dort sind in der grossen Druckerei-Aktiengesellschaft 18 unserer Verbandskollegen und ein Verbandskollege nicht wieder eingestellt.

Die Arbeitgeber haben von dem grossen Kampf nichts als schweren Schaden gehabt, und besser wären sie davon gekommen, wenn sie sich von der despotischen Gewalt der Schwedischen Arbeitgebervereinigung freigemacht hätten, statt nach der Pfeife der Kapitalsprotzen zu tanzen, die dort den Ton angeben. Gegenwärtig wird unter den Buchbinderbesitzern des ganzen Landes wieder einmal eifrig für den Anschluss an den Buchbinder-Arbeitgeberverband, wie an jene, viele Berufe umfassende Arbeitgebervereinigung agitiert. Man weist darauf hin, dass die Buchbinderbesitzer von Stockholm und Eskilstuna nach der 19 wöchigen Aussperrung des Jahres 1908 ganze 150 000 Kronen Entschädigung von der Schwedischen Arbeitgebervereinigung erhalten haben. — Dass sie weit besser gefahren wären, wenn sie sich in Güte mit dem Buchbinderverband geeinigt und nicht ausgesperrt hätten, wird natürlich nicht gesagt. — Für ihre Verluste im allgemeinen Massenstreik des verfloffenen Jahres ist die Entschädigung, die die Buchbinderbesitzer von der Arbeitgebervereinigung erhalten, auf 75 782 Kronen berechnet. Aber die „Streikkasse“ dieser grossen Unternehmerorganisation besteht nicht aus bar Geld, sondern aus Garantiescheinen, und Anfang Dezember mussten nun 30 Prozent von den gezeichneten Summen eingezahlt werden. Die schwedischen Buchbinderbesitzer hatten für 243 150 Kronen Garantiescheine der Arbeitgebervereinigung gezeichnet, hatten also davon 30 Prozent oder 72 945 Kronen zu zahlen und andererseits 75 782 Kronen als Streikentschädigung zu fordern. Die Entschädigung die sie erhalten, beträgt also in Wirklichkeit nur 2787 Kronen für alle zusammen. Dabei sind aber die regelmässigen Beiträge, die sie als Mitglieder der Arbeitgebervereinigung zu zahlen haben, noch gar nicht in Rechnung gezogen, sonst würde sich, wie unser Bruderorgan „Bokbinderi-Arbetaren“ bemerkt, ergeben, dass unsere Arbeitgeber das Vergnügen, unter dem Kommando der Arbeitgebervereinigung zu stehen, im verfloffenen Jahre mit 8 000 bis 10 000 Kronen bezahlen mussten, ganz abgesehen von dem ja sehr schwer zu berechnenden Verlust an Arbeitsgewinn, der ihnen der den Arbeitern so brutal aufgezwingene Kampf gebracht hat.

## Schamlose Ausbeutung durch Heimarbeit.

Gerade in letzter Zeit haben sich in der Presse Klagen über shamlose Ausbeutung durch Heimarbeit gehäuft. Am 11. Januar brachte die „Berliner Volkszeitung“, ein bürgerliches Blatt, einen treffenden Artikel: Die Tütenfleberin, aus dem wir folgendes zitieren:

„Obwohl der Tiefstand der weiblichen Arbeitslöhne in der Kartonnagenfabrikation, namentlich in der Heimarbeit, ziemlich bekannt ist, verdient ein eklatantes Beispiel besonders niedriger Entlohnung, dennoch niedriger gehängt zu werden. Eine grössere Kartonnagen- und Fliegenfängerfabrik im Osten von Berlin, die sich im Besitz einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung befindet, hat nicht nur in ihrem Betriebe ein grosses Personal von Arbeitern und meistens sehr jungen Arbeiterinnen angestellt, sondern beschäftigt auch eine nicht geringe Anzahl von Heimarbeiterinnen mit der Herstellung von Fliegenfängertüten. Eine Zeitlang wiederholten sich sehr häufig die Inserate, in denen „geübte Tütenfleberinnen“ für Hausarbeit von der Fliegenfängerfabrik gesucht wurden. Den Frauen und Mädchen, die sich darauf meldeten, wurden von einer jungen Angestellten die zur Herstellung eines Fliegenfängers erforderlichen technischen Handgriffe gezeigt und dann das Material zu ungefähr einem Dutzend Tüten als Probearbeit mitgegeben. Wenn diese zur Zufriedenheit ausfielen, genügend sauber und akkurat geklebt waren, erhielt die Arbeiterin weitere Beschäftigung im Hause. Die Bezahlung konnte nach Wunsch der Arbeiterin bei der jedesmaligen Ablieferung oder am Sonnabend erhoben werden. An Arbeit fehlte es nicht, denn jede Messung wurde berücksichtigt, jede Arbeiterin, die eine

Probearbeit übernahm und sie nicht verpöschigte, wurde ohne weiteres beschäftigt.

Wenn nur die Entlohnung nicht so erbärmlich gewesen wäre, daß sie als in wahrer Hohn auf die gegenwärtigen teuren Lebensmittelbedingungen betrachtet werden konnte! Für 100 Fliegenfängertüten werden nicht mehr als 40 Pf. bezahlt! . . .

Auf der Heimarbeiterendausstellung von 1906 waren diese miserabel entlohnenden Fliegenfängertüten leider nicht vertreten, aber verdient hätten sie dort jedenfalls einen würdigen Platz unter manchen anderen Zweigen der Hausindustrie, die unter der skandalösesten Bezahlung, auf Kosten unerhörter Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft bestehen können. Wenigstens verschickte eine Arbeiterin, die diese lukrative Beschäftigung in der höchsten Notlage versuchsweise angenommen hatte, daß man beim unermüdbaren Fleiß, wenn man von früh bis spät angeknüpft tätig ist, nicht mehr als 30 bis 40 Pf. am Tage verdienen kann, also nicht einmal genug, um den Hunger zu stillen, die übrigen Bedürfnisse an Wohnung, Kleidung usw. nicht gerechnet. Die Arbeiterin ließ auch diese erbärmlich dotierte Tütenfleberin nach der ersten Liefererin, als sie mit Mühe und Not etwa 600 Tüten fertiggestellt hatte, als absolut nicht lohnend schieben, trotzdem sie sich durch langandauernde Verdienstlosigkeit in der elendesten Lage befand und noch keine Aussicht auf andere Beschäftigung hatte. . . .

Manche Familienmutter läßt sich bei der Tütenfleberin, der sie jede freie Minute widmet, mit der sie sich für einen elenden Hungerlohn den ganzen, ausgeschlagenen Tag plagen muss, fleißig von ihren Kindern helfen, ohne es indessen auf mehr als ein paar lumpige Mark die Woche zu bringen. Ein häufiger Wechsel der Arbeiterinnen, ein ständiges Bedürfnis nach neuen Hilfskräften und Objekten der Ausbeutung ist bei derartigen jammervollen Arbeitsbedingungen wahrlich kein Wunder.“

Jetzt wird uns auch aus Altenburg ein solcher Fall großer Ausbeutung von Heimarbeiterinnen gemeldet. Die Firma H. Seidel, dort, Wilhelmstr. 8, suchte Tütenfleber (Heimarbeiter) bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung. Wer dieses Inserat las und darauf reflektierte, glaubte eine äußerst leichte und vielleicht auch lohnende Beschäftigung gefunden zu haben. Es meldeten sich auch an etwa hundert Personen, meistens Frauen und arbeitlose junge und ältere Männer; von diesen 100 wurden circa 80 angenommen. Jede Person erhielt ein Quantum Tütenpapier im Gewicht von 2 Kilo und den dazu nötigen Klebstoff. Die Tüten wurden nun mit viel Sorgfalt und in möglichst kürzester Zeit von den Betroffenen und meistens mit Hilfe von Angehörigen angefertigt und waren auch in den meisten Fällen zur Zufriedenheit des Geschäftsinhabers ausgefallen. Wer beschrieb aber das Erstaunen der Lieferanten, als sie neues Arbeitsmaterial erhielten und den Preis für ihre Leistungen genannt bekamen. So wurden z. B. für Papierfäden, deren Herstellung einige Geschicklichkeit erfordert, die hohe Summe von 2,50 Mk. pro Zentner fertige Ware bezahlt; für mittlere Tüten nur 1,50 Mk. pro Zentner; es kämen dann also auf 1 Pfund fertige Tüten 2½ bis 1½ Pf. Auf ein Pfund aber entfallen nach Angabe des Geschäftsinhabers 84 Tüten, die von einer einzelnen Person im Anfang in etwa ¼ Stunden hergestellt werden und dadurch der horrenden Verdienst von 1½ Pf. erreicht wird. Gewiss, auch beim Tütenfleber macht erst die Übung den Meister. Aber welchen Lohn man verdienen kann bei Preisen, wie sie oben angegeben, das können sich unsere Leser wohl leicht ausdenken. Der Firmeneinhaber, Herr Seidel, hält sich noch darauf etwas zugute, daß man bei gewissen Tüten täglich 80 Pf. verdienen könne. Wir halten das jedoch für einen Lohn, bei dem auch nicht die allergeringsten Bedürfnisse des Menschen gedeckt werden können. Es geht klar aus obigem hervor, daß dies nicht mehr Heimarbeit, sondern Ausnutzung der Armut ist. Hierbei ist nicht genug zu warnen; besonders beachtete Frauen, die besser tun, sich unter solchen Umständen der Wirtschaft und der Erziehung ihrer Kinder zu widmen, als Tüten zu fleben und den Fabrikanten reich zu machen.

Das Wesen des politisch-kirchlichen Staates ist Unterdrückung der Vielen durch die Wenigen; sein Zweck, durch Gesetze und Einrichtungen die Herrschaft dieser Wenigen zu sichern, aus dem, was Gewalt und List sich erlangen, ein Recht zu machen. Darum Bündnis des Staates mit der Kirche, um durch die Seele den Leib jochen zu können.

Jemand sagte einmal: „Ich habe in der Schule zu viel Religionsunterricht gehabt, um noch Religion haben zu können.“

### Aus der Kartonnagenbranche.

In Nr. 2 und 3 unseres Organs liest man auch wieder mal etwas aus unserer Branche. Kollege e-macht da auf verschiedene Punkte aufmerksam, warum es in der Kartonnagenbranche in bezug auf die Organisation so langsam vorwärts geht. Er macht einerseits die Kräftezersplitterung in Vergnügungsvereine, andererseits das Misshandeln der Kolleginnen seitens der Zuschneider verantwortlich. In Nr. 3 werden die Mäuren mancher Werkführer, die auch angetan sind, die Arbeiter und Arbeiterinnen von der Organisation fernzuhalten, besprochen.

Es ist ja richtig, daß in manchen bedeutenden Städten die Kartonnager den Klümmelvereinen mehr Aufmerksamkeit schenken als dem Verband. Aber diese Erscheinung trifft man auch bei Buchbindern und anderen Berufen, und trotzdem sind diese besser organisiert als die Kartonnager. Man muß eben die Mitglieder für das Schöne und Edle begeistern und ihnen das Hohe und Leere der Veranstaltungen der Vergnügungsvereine vor Augen führen. Kollege e- gibt ja selbst zu, daß die Kartonnager meistens intelligente Leute sind. Nun, wenn diesen die Vorkommnisse unseres Verbandes in irgend einer Weise bekanntgegeben werden, dann begreifen sie doch eher als eine Berufsgruppe, wo nicht soviel Intelligenz zu finden ist als bei den Kartonnagern. Aber hier rächt sich eben der Fehler, daß viele Zahlstellen- und Gauleitungen jahrelang verfaulten, unter der Kartonnagenarbeiterchaft agitatorisch zu wirken. Noch heute ist von einer planmäßigen Agitation allerorts, wo Kartonnager in Betracht kommen, nichts zu spüren. Es kann erst besser werden, wenn vor allem ein System in die Sache kommt. Die Agitation muß überall und nicht bloß in einigen Orten einsehen. Nämlich wie man bei Wahlen nach einer Wahlparole handelt, muß auch bei einer großartigen Agitation innerhalb der Kartonnagenarbeiterchaft ein „Etwas“ auftreten, das Zugkraft besitzt. Es muß für ein „Etwas“ Propaganda gemacht werden, das diese Kategorie bestimmt, sich der Organisation anzuschließen. Wohl sind die Unterstützungsvereine unseres Verbandes ein agitatorisches Mittel, aber bei der Kartonnagenbranche käme vor allem die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Betracht. Das „Etwas“, das bei dieser Kategorie eine Wirkung hat, ist die Propagierung des Tarifgebanten. Je mehr es gelingt, in Orten mit Kartonnagenfabrikation Tarife abzuschießen, desto mehr haben wir bei planmäßiger Agitation Erfolge. Eine errungene Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und sonstige Verbesserungen sind das beste Agitationsmittel.

Aber um vorwärts zu kommen, muß auch etwas von Seiten der Verbandsleitung geschehen. Es sind schon so viele Wünsche vorgetragen worden, die wohl wert wären, daß sie geprüft würden. Man lese bloß die Wünsche in dem Artikel in Nr. 6 des vorigen Jahres. Ist es auch nicht möglich, alle auf einmal zu erfüllen, so sind sie doch soviel wert, daß der Verbandsvorstand sie auf ihre Berechtigung und Durchführbarkeit prüft und dem diesjährigen Verbandstage eventuelle Vorlagen unterbreitet. Sehr zu wünschen wäre es endlich auch, daß es einmal wahr wird, daß eine Konferenz einberufen wird. Eine kleinere Konferenz könnte dieses Jahr schon möglich sein anlässlich des Verbandstages. Die Zahlstellen mit mehreren Delegierten und die Bezirke, wo das Kartonnagengewerbe in größerem Maße in Frage kommt, sollten auch Delegierte aus der Kartonnagenbranche wählen. Diese Kartonnagen-Delegierten könnten gut einen Tag vor dem Verbandstag zusammentreten, um in Gegenwart des Verbandsvorstandes zu beraten, in welcher Weise der Kartonnagenarbeiterchaft geholfen werden kann. Da der Verbandstag noch dazu in Thüringen ist, wo die Kartonnagenindustrie ziemlich häufig vorkommt, so wäre es mancher Zahlstelle Thüringens, Sachsens und zum Teil Mitteldeutschlands möglich, zu der Konferenz der Kartonnager ohne große Kosten Delegierte zu senden. Die Fahrtkosten könnten die Zahlstellen und die Diäten die Verbandskasse tragen.

Daß es in der Branche hin und wieder Werkführer gibt, die mehr Schneid als Fachkenntnisse haben, ist Tatsache. Aber man kann dieses meistens in solchen Betrieben wahrnehmen, wo das Personal mit jeder Arbeit durchaus selbständig ist. Aber auch hier hat das Ding bald ein Ende. Ein oder zwei Fachbesitzungen und die Herrlichkeit ist dahin. Nehmen wir z. B. die Zuzugkartonnage vor, so sind die Anforderungen an einen Werkführer keine so geringe. Er muß Muster entwerfen können, diese selbst herzustellen vermögen, Zeichnungstafel, Geschnädel für Zusammenstellen der Farben usw. haben. Ebenso muß er Kenntnisse im Materialeinkauf haben und so mancherlei. Nur die wenigsten Firmen der Zuzugkartonnage sind in der Lage, für Mustermachen eigene Leute einzustellen. Meist ist

diese Arbeit Sache des Werkführers. Eine Kollektion in Konditorpackungen, Parfümeriecutis usw. ist keine Arbeit, die jemand machen kann, der keine tieferen Fachkenntnisse hat. Aber auch in der Sparte der Verpackungskartonnage kann ein Werkführer ohne vielseitige Fachkenntnisse nicht existieren. In diesem Zweige der Kartonnagenindustrie ist die Konkurrenz am schärfsten. Es tauchen immer und immer wieder Firmen auf, die sich durch billige Lieferung einführen wollen. Es ist deshalb selbstverständlich, daß die anderen Firmen alles daran setzen, durch Ausnutzen aller Maschinen, intensives Arbeitenlassen des Personals, gutes Disponieren, vorteilhaftes Materialausrechnen usw. der Schmutzkonkurrenz die Spitze zu bieten. Ebenso muß der Werkführer dafür sorgen, daß wieder andere, lobnendere Artikel aufgenommen sowie Muster anderer Firmen verbessert werden, damit ein Geschäft gemacht wird. Auch das Anlernen der Hilfsarbeiter und der Arbeiterinnen ist Sache des Werkführers. Eine Annette von Hilfsmaschinen muß er ferner praktisch kennen und das Personal dazu anlernen. Alles in allem hat ein Werkführer der Kartonnagenbranche, der mehr Schätzen treibt, als er Fachkenntnisse besitzt, seine Rolle bald ausgespielt, wenn die Arbeiter es verstehen, sich solcher Elemente zu entledigen.

Es ist an der Zeit, daß alle Kräfte mithelfen, das Organisationsverhältnis innerhalb der Branche zu heben. Jeder fülle den Posten aus, zu dem er am besten paßt. Der eine sei Hausagitor, der andere rede in Werkstättenversammlungen zu den Branchenangehörigen, wieder ein anderer schreibe für das Organ aufmunternde Artikel. Jeder tue, zu dem er sich befähigt fühlt. Keiner stelle sein Licht unter den Scheffel. Aber auch die Zahlstellen- und Gauleitungen müssen sich endlich aufrufen und eine planmäßige Agitation in die Wege leiten. Der Verbandsvorstand gebe Ratsschläge, Anweisungen zur Agitation, bewillige Mittel zu derselben und die Redaktion der „Buchbinderzeitung“ bringe weiter Artikel, um die Branchenangehörigen auch durch das gedruckte Wort zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Wirken so alle Faktoren Hand in Hand, werden zu gelegentlicher Zeit die vorgetragenen Wünsche von der Verbandsleitung resp. dem Verbandstag erfüllt, so dürfen wir sicher sein, daß auch die Kartonnagenarbeiterchaft sich mehr der Organisation anschließt zum Wohle jedes einzelnen und der Gesamtheit.

### Korrespondenzen.

**Deutschland: Zuzug nach Krefeld, Freiburg i. B. und Stettin ist streng fernzuhalten; gesperrt ist in Darmstadt die Firma Meß u. John; in Berlin die Firma C. Kaschig, Holzrahmenfabrik.**

**Schweden: Ganz Schweden ist gesperrt. Serbien ist gesperrt.**

**Schweiz: Ueber die Firma A. B. Heine, Stickereigeschäft in Arbon, ist die Sperre verhängt.**

**Oesterreich: In Görz und Triest steht die Kollegenschaft in einer Tarifbewegung und ist demnach Zuzug strengstens hintanzuhalten. — Weiter ist Arbeitsannahme bei der Firma J. Neumann u. Sohn in Prosnitz (Mähren) zu unterlassen.**

**Kroatien und Slavonien: Zuzug nach Agram und Sissegg ist fernzuhalten.**

**Vor Arbeitsannahme in Falkenstein in Sachsen ist bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den bestehenden Verhältnissen einzuziehen. Desgleichen für Oldenburg und den Gau 6/7 beim Bezirksleiter Münster in Gumburg.**

**Bremen.** Zur Ergänzung des Berichtes in letzter Nummer diene noch folgendes: Nachdem auf unsere vor Weihnachten eingereichten Forderungen nur wenige Firmen geantwortet resp. bewilligt hatten, wandten wir uns, da hier eine Organisation für Buchbindereibesitzer bisher nicht besteht, zunächst an den hiesigen Zweigverein des Deutschen Buchbindervereins. Durch dessen Vermittelung fand dann eine Versammlung der maßgebenden Buchbinderei- und Buchdruckereibesitzer statt; diese wählte eine Kommission, welche mit unserer Lohnkommission Verhandlungen führte, die am 8. Januar einen günstigen Tarifabschluß zustande brachten. Nach diesem ist die tägliche Arbeitszeit eine neunstündige; doch gilt in den Betrieben, welche eine 8 1/2 stündige wöchentliche Arbeitszeit haben, diese auch für die Buchbinder. Der Wochenlohn beträgt a) für Gehilfen: im 1. Gehilfenjahre 20 Mk., im 2. Gehilfenjahre

22 Mk., im 3. und 4. Gehilfenjahre 24 Mk., im 5. und 6. Gehilfenjahre 25,50 Mk. und im 7. Gehilfenjahre 26 Mk.; b) für Arbeiterinnen: für Lernende im 1. Halbjahr 8 Mk., im 3. Vierteljahr 8,50 Mk., im 4. Vierteljahr 9 Mk., im 5. Vierteljahr 10 Mk., im 6. Vierteljahr 11 Mk., dann steigend bis 12,50 Mk. Für Affordarbeit gilt der Leipziger Tarif; für Sonntagsarbeit gibt es 50 Proz. Zuschlag. Halbe Ueberstunden sind am Schluß der Woche zusammenzulegen; eine etwa überstehende halbe Stunde wird für voll gerechnet. Raufen sind zu gewähren bei 2-3 Ueberstunden 1/4, über diese Zeit 1/2 Stunde. Dort, wo bereits zugunsten der Arbeitnehmer bessere Verhältnisse bestehen, dürfen solche durch vorliegenden Tarif nicht verschlechtert werden. Zeitdauer des Tarifes vom 10. Januar 1910 bis 31. Dezember 1912.

Nach den bisher vorliegenden Berichten aus den Betrieben zu urteilen, sind wir bei Einführung des Tarifes nirgends auf großen Widerstand gestoßen. Zum Schluß sei unserem Gauhörigen unser Dank ausgesprochen für seine tatkräftige Unterstützung. Ohne dessen Eingreifen wären wir in diesem Winter nicht zu einer Lohnbewegung gekommen. Durch die Anstellung des Beamten für den Gau ist für uns endlich der Vorwurf hinfällig geworden, daß „für die Provinz nichts geleistet wird“. — Wenn alle Kollegen mehr als bisher bei Gewinnung neuer Mitglieder, besonders weiblicher, tätig sind, dann wird auch bei der nächsten Tarifbewegung noch besser, als es diesmal möglich war, den Wünschen der Kollegenschaft Rechnung getragen werden können!

**Darmstadt.** Am Weihnachtsfestabend mußten sämtliche Buchbinder der Vereinigten Kunstdruckereien G. m. b. H. (Meß und John) infolge des unqualifizierbaren Verhaltens des Vorstehers der Buchbinderabteilung die Arbeit verlassen. Dieser Vorsteher, Hofemeier mit Namen, hatte darauf nichts Besseres zu tun, als sich flugs einen — Nebolden zu kaufen und sich von der Polizei das Recht zum Tragen desselben mit der Motivierung zu erwirken, daß er sich bedroht fühle! Die Polizei erlaubte das selbstverständlich, ging es ja doch nur gegen die Arbeiter.

Eine Geschäftsversammlung erklärte sich mit den Gemahregelten solidarisch und beordnete den Geschäftsausschuß zum Vortretten. Das Resultat war, daß der genannte Vorsteher Hofemeier unter Einhaltung der für ihn zutreffenden einvierteljährlichen Kündigungsfrist entlassen, die entlassenen Kollegen jedoch wieder eingestellt werden sollten. Als die Kollegen am anderen Tage ihre Arbeitsplätze wieder eingenommen hatten, erhielten sie vom Vorsteher keinerlei Arbeit zugewiesen. Ein mehrmaliges Vortretten hatte den Erfolg, daß die Wiederaufnahme der Arbeit für den kommenden Tag festgesetzt wurde. Auch sollte der mit in Betracht kommende ledige Kollege nicht wieder eingestellt werden. Um zu verhindern, daß die Gemahregelten beim Arbeitsbeginn wieder ohne Arbeit gelassen würden, begaben sich diese erst eine Stunde später als üblich zur Arbeitsstelle, um der Anwesenheit und Mitwirkung des Chefs bei der Wiederaufnahme sicher zu sein. Sie tauschten sich jedoch in ihrer gewiß vorsichtig und nicht übel gemeinten Absicht, denn sie wurden bei ihrem Eintritt vom Chef selbst so empfangen, daß sie sich nach wenigen Worten wieder entfernten. Die Firma Meß und John (Zuz. Meß und John) Vereinigte Kunstdruckereien G. m. b. H. bleibt nach wie vor gesperrt.

**Kattowitz.** Am 8. Januar hielt die Zahlstelle Kattowitz eine Generalversammlung ab, welche von 21 Mitgliedern besucht war. Zunächst wurde der Jahresbericht erstattet und sodann die Vorstandswahl vorgenommen. Das Resultat war folgendes: 1. Vorsitzender: Herzog; 2. Vorsitzender: Zacherides; Kassierer: Pöhlker; Schriftführer: Piekrulla; Revisoren: Weizel und Feilhaber; Kartelldelegierter: Sempel. Hieran anschließend fand eine Besprechung über das Stiftungsfest, welches am 22. Januar stattfinden soll, statt. Mit einem dreifachen Koch auf den Deutschen Buchbinderverband wurde die Versammlung geschlossen.

**Gießen.** Am Dienstag, den 11. Januar, hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Zunächst erstattete Kollege G. ren den Geschäftsbericht des letzten Quartals, nach dem 2 Vorstandswahl vorgenommen. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 121,95 Mk., die Ausgaben 25,21 Mk. Die Kassa hatte eine Einnahme von 19,21 Mk. und eine Ausgabe von 9,61 Mk. Maßlmeister erstattete den Kartellbericht. Die stattgefundenen Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: G. ren, Vorsitzender; Wemmer, Kassierer; Maßlmeister, Schriftführer; Weber und Steuerwald, Revisor; Schla-

draff und Schreier, Revisoren. Ferner fungieren Maßmeister und Weber als Kartellbelegierte. Unter „Verschiedenes“ wurden mehrere örtliche Verhältnisse besprochen. Sehr zu bedauern war der wieder recht schlechte Besuch der Versammlung, besonders von den weiblichen Mitgliedern. Es müßte doch in heutiger Zeit jedes Mitglied als Pflicht betrachtet, nicht nur seine Beiträge zu zahlen, sondern auch alle Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Wir hoffen, daß diese Worte von den nachlässigen Kollegen beherzigt werden, besonders deshalb, weil wir in diesem Jahre in eine lebhaftere Agitation eintreten wollen, und diese Bestrebungen muß jedes Mitglied nach Kräften zu unterstützen trachten. Leider haben wir vor einigen Wochen wieder ein eifriges Mitglied unserer Zahlstelle verloren, den Kollegen Braunsdorf, der nach Hanau übersiedelte. Seit mehr als vier Jahren war er unermüdet tätig, das Verbandsleben zu fördern, und was wir hier erreicht haben, danken wir hauptsächlich ihm.

**Eisenberg.** Am Mittwoch, den 12. Januar, fand unsere Generalversammlung statt, bei welcher der Besuch auch noch immer viel zu wünschen übrig ließ. Zu Ehren des verstorbenen Kollegen Seiler erhoben sich die Mitglieder von ihren Plätzen. Weiter wurde auf die am 1. Januar in Kraft getretenen Änderungen der Gewerbeordnung hingewiesen. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß 12 Vorstandssitzungen sowie 4 Sitzungen mit den Vertrauensleuten stattgefunden haben, sowie 6 Monats-, 4 General-, 1 außerordentliche, 1 öffentliche und 38 Werkstättenversammlungen. Letztere mußten teils wegen Differenzen, teils wegen Verbandsangelegenheiten abgehalten werden. Zu einigen wurde Kollege Zinke-Leipzig mit herangezogen, die alle mit einem guten Erfolg erledigt wurden. In der öffentlichen Versammlung, in der Kollege Zinke anwesend war. Doch konnte der Geschäftsbericht auch erfreuliches melden, so von Bürgel, wo wir 14 Mitglieder gewannen. Den Klassenbericht erstattete Kleinsteuer. Die Ausgaben waren nicht so hoch als in den vorhergehenden Quartalen und auch die Beiträge sind besser eingegangen als bisher. Wir zählen gegenwärtig 286 Mitglieder. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender: Enke; 2. Vorsitzender: Klingenscheidt; Kassierer: Kleinsteuer; Schriftführer: Berger; Beisitzer: Grimmer, Heinke, Engelmann, Wolter und Hinge. Nach der erledigten Wahl gab Sitz den Kartellbericht. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, das 15. Stiftungsfest mit einem Kappenkränzchen zu feiern, welches am 6. Februar im großen Saale des „Altenburger Hof“ stattfindet. Mit einem Entschluß an die Mitglieder, dafür Sorge zu tragen, daß der Versammlungsbesuch ein besserer werde als im vorigen Jahre, wurde die Versammlung geschlossen.

**Dresden.** Am Sonnabend, den 15. Januar, fand eine Branchenversammlung für die im Kartonnagenfach beschäftigten Kollegen und Kolleginnen statt. Der Besuch war im Verhältnis zu früheren Versammlungen dieser Art als sehr gut zu bezeichnen. Kollege Kahl gab in einem Vortrage über: „Die neuen Gesetzesbestimmungen über die Arbeitszeit und die Aufgaben der Arbeiterausschüsse“ ein erläuterndes Bild der neuen Arbeiterschutzbestimmungen. Die neuen Bestimmungen seien sehr wohl geeignet, auch für unsere Branche, wo ganz besonders krasse Auswüchse bestehen, einige Besserung zu bringen. Nur muß die Kollegenschaft selbst darauf bedacht sein, daß die in Kraft getretenen Schutzbestimmungen auch befolgt würden, damit die Auswüchse, wie das Durcharbeiten der Pausen, das Mitnehmen von Arbeit nach Feierabend usw. endlich aus der Welt geschafft würden. Kopf erstattete Bericht über die von der jetzigen Brandeileitung entfaltete Tätigkeit. Aus diesem Bericht ging hervor, daß es die Kommission an nichts hat fehlen lassen, um die Agitation erfolgreich zu gestalten. Nur infolge der Laubzeit und Gleichgültigkeit der übrigen Kollegenschaft sind die Erfolge nicht der aufzuwendenden Arbeit entsprechend groß gewesen. Die Versammlung bestimmte nun eine größere Anzahl Kollegen und Kolleginnen, um für das laufende Jahr die Agitation in Fluß zu halten. Neben den jetzigen Stand der Verhandlungen betreffs des graphischen Kartells berichtete Kahl. Er hob hierbei die Vorteile und die Notwendigkeit eines solchen hervor. Die Kollegen sollten durch rege Teilnahme diese Sache nach Kräften unterstützen. Hieran schloß sich eine längere Debatte, da einige Kollegen die Notwendigkeit eines graphischen Kartells bezweifelten. Zum Schluß wurde noch auf die kommenden Gewerbegerichtsbeisitzerwahlen hingewiesen. Jeder Kollege und jede Kollegin soll sich sofort das Wahlrecht durch Eintragen lassen in die Wählerliste sichern.

**Hannau.** Am 15. Januar tagte hier unsere Jahresgeneralversammlung. Wer derselben aber

mit beigewohnt hat, wird das Empfinden gehabt haben, eher in einer Vorstandssitzung zu sein als in der Generalversammlung, denn ganze 13 Mann von 37 Mitgliedern waren anwesend. An Stelle des erkrankten Kollegen Schmidt erstattete Keul den Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß im abgelaufenen Jahre 4 Generalversammlungen, 3 außerordentliche Generalversammlungen, 3 öffentliche und 5 Mitgliederversammlungen stattgefunden haben. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 21 Sitzungen. Der Klassenbericht pro 4. Quartal bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 605,85 Mk., wovon 458,43 Mk. an die Hauptkasse abgeführt wurden. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: die Kollegen Schmidt 1. und Keul 2. Bevollmächtigter; Fraum, Kassierer; Schab, Schriftführer; Nhlig und Jüngling, Beisitzer. Zu Revisoren wurden Hammacher und Möller gewählt. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Appell an die Kollegen, tüchtig für die am 19. Februar stattfindende öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Weinländer-Nürnberg sprechen wird, zu agitieren, damit wir einen guten Erfolg erzielen.

**Mathesow.** Unsere Zahlstelle hielt am 15. Januar ihre Jahresversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Den Jahresbericht gab Kollege Krüger. Die Geschäfte der Zahlstelle wurden erledigt in 14 Vorstandssitzungen, anschließend 12 Mitgliederversammlungen. In zwei von diesen waren Referenten anwesend, und zwar die Kollegen Harber und Klar-Berlin. Der Besuch der Mitgliederversammlungen betrug im Durchschnitt 30. Infolge der Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte fanden 3 Frauenversammlungen statt. Vertrauensmännerversammlungen wurden 10 abgehalten, hiervon eine mit einem Referenten, dem Genossen Münsinger-Mathesow, welcher über: „Rechte und Pflichten der Vertrauensmänner“ referierte. Betriebsversammlungen wurden 10 und 1 Tarifkommissionssitzung abgehalten. Infolge des wirtschaftlichen Niederganges, der noch bis zum Herbst anhält, glaubten die Unterzeichner in bezug auf die Behandlung ihrer Arbeiter alles bieten zu können, denn anders ist es gar nicht zu erklären, daß wir in diesem Jahr vier Differenzen zu schlichten hatten. Drei von diesen wurden in befriedigender Weise erledigt, während die vierte unerledigt blieb. An Flugblätter wurden verbreitet: „Im Spiegel des Lebens“ und die von der Generalkommission herausgegebene, beide für Arbeiterinnen. Hierauf gab Valge die Abrechnung vom 4. Quartal. Einnahme der Verbandskasse 942,08 Mk., Ausgabe 791,32 Mk., Einnahme der Lokalkasse 413,82 Mk., Ausgabe 156,66 Mk. Der Mitgliederbestand war folgender: Am 1. Januar 1909 141 Mitglieder, eingetretene sind 40, zugereist 4, zusammen 186 Mitglieder. Ausgetreten sind 42, abgereist 3, nach anderen Organisationen übergetreten 1, gestorben 1, zusammen 47. Mitgliederbestand am Schluß des Jahres 101 männliche und 37 weibliche, zusammen 138. Kollege Puffe gab den Kartellbericht. Er berichtete u. a., daß im Laufe des Jahres 2734 Durchreisende in der Zentralherberge logiert haben, davon waren nur 1626 organisiert.

Das Resultat der Neuwahl der Verwaltung ist folgendes: Krüger, Vorsitzender, Dalge, Kassierer, Giese, Schriftführer, Köster, Wornsdorf, Beisitzer. Zu Revisoren wurden die Kollegen Brun und Zismar gewählt. Ferner machte Krüger auf die neue Gewerbeordnung aufmerksam, die am 1. Januar 1910 in Kraft getreten ist. Im Monat Februar soll eine Versammlung stattfinden, wozu eine Referentin geladen ist und zu welcher sämtliche Indifferenten schriftlich geladen werden. Mehr Aufklärung soll unter die Arbeiterinnen gebracht werden, damit auch diese endlich zu der Ueberzeugung kommen, daß nur durch die Organisation ihre Lage verbessert werden kann.

**Chemnitz.** Die gut besuchte Hauptversammlung der Zahlstelle hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Das geschah glatt und flott, denn die von den Vertrauensleuten besorgte Lokartheit fand allenthalben die Billigung der Versammlung. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Geschäftsbericht, der eine Zunahme der Mitgliedschaft von 51 gegen das Vorjahr verzeichnen konnte. Die Organisation marschiert, trotz des steinigen Bodens, den Chemnitz bietet. Ausdauernder, zäher Agitations- und Organisationsarbeit ist dieser sichtbare Erfolg zu danken. Sie ist auch ferner vonnöten im Kampfe gegen Gleichgültigkeit, Unerfahrenheit und lösen Willen. Im letzten Viertel des Berichtsjahres wurde das Donizet des Gauleiters nach Chemnitz verlegt. Durch den Gauleiter wurde die Agitation ungemein belebt und in gangbare Bahnen geleitet. Der Erfolg ist bereits erkennbar, von der Zukunft ist jedenfalls ein noch größerer, dauernder zu erwarten. Der Bericht gedenkt der in das Berichtsjahr fallenden internen Vorgänge und schließt mit der Hoffnung,

daß die Lehren der Vergangenheit die Arbeit der Zukunft befruchten mögen. Die Zahlen des Klassenberichts beleuchteten den guten finanziellen Stand der Zahlstelle trotz der Höhe der notwendig gewordenen Unterstüßungen. Die Wirtschaftskrise forderte ihren Tribut. Arbeitslosen, Kranken-, Gemäßregelten- und Umzugsunterstützung erforderten 1501,65 Mk., das sind 580,30 Mk. mehr als im Vorjahre. Dabei ist der Zuschlag aus der Lokalkasse noch nicht eingerechnet. Mit Vergnügen nahm die Versammlung die Berichte entgegen, die den Vormarsch der Zahlstelle beleuchteten. — Veränderung der Zusammensetzung der Verwaltung brachte nur die beschlossene Erweiterung um zwei Personen. Eine Reihe Anträge der Verwaltung und der Vertrauensleute, die sämtlich Annahme fanden, regelten interne Angelegenheiten. — Nachdem der Gauleiter, Kollege Puffe, noch einiges über die gesetzlichen Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen gesprochen und über die besonders die Kartonnagenarbeiterinnen betreffende Scheuerfrage eine ernste Aussprache stattgefunden hatte, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung.

**Limbach.** Am 16. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab, welche erfreulicherweise sehr stark besucht war. Der Klassenbericht konnte wegen der vielen auswärtigen Mitglieder, welche die Beiträge noch nicht eingesandt hatten, nicht gegeben werden. Die Wahlen brachten eine fast neue Verwaltung. Gewählt wurden Hermann Oser, 1. Vorsitzender; Lange, 2. Vorsitzender; Weller, Kassierer; Fiedler, Schriftführer; als Beisitzer: Graupner und Endmann; als Revisoren: Köser und Winkler; als Kartellbelegierte: Weller, Graupner und Sonntag. Im Bildungsausschuß belieh man Bernhardt. In die Lohnkommission wurden Lehmann, Erdmann, Weller, Lange, Weigelt, Graupner, Lorenz und Jehm gewählt. Nach Erledigung der Wahlen ehrte die Versammlung den verstorbenen Kollegen Karl Kessler in üblicher Weise. Ferner wurde beschlossen, am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in welcher Gauleiter Puffe referieren soll. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, die unorganisierten Kollegen aufzurütteln und sie zur Teilnahme an der Versammlung zu bewegen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband wurde die Versammlung geschlossen.

## Rundschau.

**Gewerkschaftliche Rundschau.** Die Organe der Bauarbeiter veröffentlichten einen Entwurf, der zum Teil als Uebergangsbestimmung, zum Teil als Ergänzung zum Statut für den künftigen Bauarbeiterverband gedacht ist. Er enthält die Uebergangsbestimmungen in bezug auf die Wahl der Verbandsfunktionäre, Schlußabrechnung, Uebertritt der Mitglieder, Finanzierung der Gauen, Krankenunterstützung, Lohn- und Anstellungsbedingungen der beim Verband beschäftigten Mitglieder, das Verhältnis der deutschen Bauarbeiter zu der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung, die Verbandschriften, Unterrichtskurse, die Statistik und Mitgliederlegitimationen, sowie ein umfangreiches Reglement für Lohnbewegungen. Den Beschluß bilden eine Ortsklasseneinteilung und eine Gauen-einteilung, die die Bildung von 21 Gauen vorstift.

Am 28. Dezember erließ der Vorstand des Bergarbeiterverbandes in Gemeinschaft mit den übrigen drei in Betracht kommenden Bergarbeiterverbänden einen Aufruf, in dem nach wie vor an der ablehnenden Haltung der Verbände in Sachen des Zwangsarbeitsnachweises festgehalten wird, die Konferenz hielt angeichts der Wirtschaftskrise und der vorhandenen Kohlenvorräte den gegenwärtigen Zeitpunkt zu einem Streik nicht geeignet, sondern fordert die Bergarbeiter auf, denselben bis zu einer günstigeren Zeit zu verschieben. In der letzten Nummer der „Bergarbeiterzeitung“ veröffentlicht der Vorstand des Verbandes folgenden Mahnruf: „Bergarbeiter, Kameraden! Die Grubenbesitzer entfalten zurzeit eine fieberhafte Tätigkeit, um Arbeiter aus dem Auslande und, entgegen ihren bisherigen Beteuerungen, auch aus den östlichen Bezirken Deutschlands in Massen in das Ruhrbecken einzuschleppen. Löhne von 6 Mk. werden Leuten versprochen, die zumeist nie eine Grube gesehen haben, die darum auch keine Arbeit erhalten werden, wo diese Lohnhöhe erreicht wird. Vielfach verweigern die Angehörigen die Arbeit und verlangen die Rückkehr in ihre Heimat. Diese Fremdenentransporte artzen zum Skandal aus und bilden nichts weiter als eine Provokation der Bergarbeiter im Ruhrbecken. Wir werden Schritte einleiten, wie der auf Zug und Treug ausgebauten Anwerbung fremder Arbeiter entgegenwirkt werden kann. Unsere Kameraden im Ruhrbecken fordern wir auf, sich durch nichts aus der Ruhe herausbringen zu lassen. Disziplin in

dieser Zeit tut doppelt not. Vor allen Dingen die Uebersehtigen meiden, die nur den Zweck haben, reiche Kohlenlager aufzuhäufen, um so der Bergarbeiterchaft entgegenwirken zu können. Die Arbeiterpresse und alle arbeiterfreundlichen Organe, die Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskartelle in Deutschland wie im Ausland werden gebeten, der Auswanderung nach dem Ruhrbecken entgegenzuarbeiten und uns Mitteilung zukommen zu lassen, wo die Werbepagenten des Ruhrbeckens ihr Unwesen treiben. Unsere Kameraden selbst aber mögen ohne Unterlaß den Bergarbeiterverband zu stärken versuchen, ihm neue Mitglieder zuführen und später durch Leistung der von den Vertrauensleuten des Ruhrbeckens und den Bezirksleitern des Verbandes gewünschten und beschlossenen Extrabeiträge die Schlagkraft des Verbandes für den kommenden Kampf gegen die Unterdrückungspolitik der Grubenbesitzer zu erhöhen suchen." Die Erregung der Bergarbeiter kann man verstehen, hat doch der heijumtrittene "Arbeitsnachweis" des Zechenverbandes am 3. Januar seine Tätigkeit aufgenommen, und zwar in einer Weise, die alle Befürchtungen, die schon geäußert wurden, als gerechtfertigt erscheinen lassen. —

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker veranstaltet zum 19. Februar eine Erhebung, die alle Fragen umfaßt, deren Beantwortung zur genaueren Feststellung der tariflichen Lage im Gewerbe dienen soll. Um die Statistik möglichst vollständig zu machen, werden die entsprechenden Fragebogen sowohl an Unternehmer als auch an Arbeiter versandt. Man sieht, die Statistik wird auch in den Arbeiterorganisationen immer mehr nutzbar gemacht. Das ist kein Wunder, denn der Wert einer guten Statistik ist unbestritten und bietet gerade für die Gewerkschaften ganz besondere Vorteile. —

Die Situation im Holzgewerbe hat sich in der letzten Zeit bedeutend verschärft. Die Tarifbewegung hatte sich von Anfang an so entwickelt, daß man mit einer friedlichen Lösung der Frage unter Umständen rechnen konnte. So war von Anfang an vorgeesehen, strittige Punkte, über die eine Einigung nicht erzielt werden konnte, einem Schiedsgericht unter Vorsitz des früheren Staatsministers Frhr. v. Berlepsch, der schon im Jahre 1908 im damaligen Schiedsgericht präsiidierte, zu überweisen. Ueber diesen Beschluß hatten beide Parteileitungen strengstes Stillschweigen zu beobachten sich gelobt, da andernfalls die einzelnen örtlichen Verhandlungen durch die Bekanntgabe dieser Abmachung gefährdet würden, indem alle Differenzpunkte, auch solche von untergeordneter Bedeutung, diesem Schiedsgericht überwiesen worden wäre und dieses dann eine Arbeitslast zu bewältigen hätte, dem es nicht gewachsen wäre. Von den Unternehmern jedoch wurde dieses Uebereinkommen schlecht gehalten. Noch vor Weihnachten konnte man von dieser Abmachung in Berliner bürgerlichen Zeitungen lesen, die nur von Arbeitgebern stammen konnten, und am 30. Dezember war die Abmachung, die einen großen Teil des endgültigen Erfolges schon im vornherein in sich barg, in aller Munde, indem eine Versammlung des Arbeitgeberverbandes sich mit diesem vorgeesehenen Schiedsgericht befaßte und daselbe „mit aller Entschiedenheit“ ablehnte. Dieses Doppelspiel des Arbeitgeberverbandes resp. seines Vorstandes kennzeichnet den Wert, den man Aufzuerungen und Beschlüssen von jener Seite beimessen kann. — Am 3. Januar fand eine Sitzung der in Betracht kommenden Zentralvorstände statt, die von Arbeitgeberseite aus einberufen war. Neben den Vertretern der freien Gewerkschaften nahmen teil die Vertreter der Christlichen und Hirsch-Dunderschen. Die Vertreter der Arbeiter lehnten einstimmig das Ansuchen ab, darauf hinzuwirken, daß in den einzelnen Orten die Forderungen ermäßigt werden. Die Sitzung verlief im übrigen ergebnislos. Die Antwort des Vorstandes der Holzarbeiter bestand in einer forcierten Rüstung, über die wir bereits in unserer letzten Nummer berichteten. Unterdessen nimmt der Kampf in den einzelnen Orten seinen Fortgang. Unter den wichtigsten Vorwänden werden die Verhandlungen von Arbeitgeberseite teils abgebrochen, teils auf die Spitze getrieben und unwahre und verlogene Berichte in die Presse — in die bürgerliche natürlich — lanciert, die alle Schuld den Arbeitern zuschiebt. Wenn die Arbeitgeber den Kampf wollen — und alles deutet darauf hin — dann werden die Verbände der Holzarbeiter demselben selbstredend nicht ausweichen. Die Ruhe und Besonnenheit, die sie in ihren Verhandlungen usw. bis jetzt an den Tag legten, sichern ihnen die Sympathien aller übrigen Gewerkschaftsangehörigen. —

Einen Nichtstarif hat das neue Jahr den im Verbanne der Maler, Anstreicher usw. organisierten Arbeitern gebracht. Verhandlungen, die in der ersten Jahreswoche in Berlin zwischen den beteiligten Zentralvorständen gepflogen worden waren,

hatten zu keinem Ergebnis geführt. Die drei Unparteiischen (Gewerksrichter), die die Verhandlungen geleitet hatten, traten darauf als Schiedsgericht zusammen und fällten einen Schiedspruch, nach welchem in allen Lohngebieten, in denen seit drei Jahren keine Lohnhöhung eingetreten ist, eine solche von 3 Pf. pro Stunde eintreten soll. In allen anderen Lohngebieten wird der Stundenlohn beim Inkrafttreten des Tarifes um 2, nach einem Jahre um einen weiteren Pfennig erhöht. Die Arbeitszeit wird auf 10 Stunden verkürzt. Weitere Kürzungen der Arbeitszeit treten während der Vertragsdauer nicht ein. Die Unparteiischen stellen sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Arbeitnehmer, daß eine zentrale Festsetzung der Löhne für das ganze Reich schwierig und bedenklich ist und Härten und Unbilligkeiten in sich birgt. Die im Verbanne der Maler erfolgte Abstimmung brachte eine Mehrheit für den Schiedspruch, indem sich 8832 für, 6192 gegen denselben erklärten. Ein Reihe größerer Orte, Berlin, Hamburg, Köln usw., stimmte geschlossen gegen den Vertrag und gegen den Schiedspruch, der ihnen nur geringe Verbesserungen bringt. Durch die Annahme ist der Friede im Gewerbe auf die nächsten drei Jahre sichergestellt. —

ac. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat vor einigen Tagen interessante Feststellungen über die Lebenshaltung von 320 Arbeiterhaushaltungen veröffentlicht, die für die Beurteilung des ökonomischen Charakters wie auch für die Konsumkraft von Arbeiterhaushaltungen von großem Werte sind. In 42 größeren Städten des Reiches wurden Erhebungen vorgenommen, wobei sich zeigte, daß von den deutschen Großstädten München das niedrigste Lohn Einkommen aufweist. Der Jahresverdienst der Arbeiter schwankt in den einzelnen Städten ganz außerordentlich. Bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 1104 M. mußte eine Familie über die Hälfte (564 M.) für Nahrungsmittel anlegen, von denen allein 276 M. für Fleisch und Brot verausgabt wurden. Das A und O der Haushaltsführung einer Arbeiterfamilie bilden somit die Ausgaben für die Beschaffung der allerersten Nahrungsmittel. Auch bei einem durchschnittlich 1786 M. betragenden Jahreseinkommen nehmen die Ausgaben für Nahrungsmittel ebenfalls die Hälfte des Lohnes mit 832,7 M. in Anspruch. Für Kleidung und Wohnung wird bei dem Einkommen von 1104 M. mehr als der vierte Teil (143,2 und 143,3 M.), bei dem höheren von 1786 M. nicht ganz der vierte Teil mit 261,7 M. und 219,5 M. verbraucht. Man sieht, daß somit drei Viertel des gesamten Arbeiterlohnes durch Befriedigung der unumgänglichsten Lebensbedürfnisse, wie Essen, Wohnen und Kleider, aufgezehrt wird. Der Rest von 276 bzw. 466 M. bleibt zur Befreiung von Steuern, Versicherungs- und Vereinsbeiträgen, Beleuchtung, Heizung, Schulgeld, Arzt und Apotheke, Anschaffung von Getränken usw. übrig. Wieviel solcher Nebenausgaben sich tagtäglich als unwillkommene Gäste auffinden, weiß jede Hausfrau. Ja, es wird vielfach betont, daß durch das gewonnene Zahlenmaterial die Lage nicht richtig zum Ausdruck käme. Viele Ausgaben hätten auf spätere Zeiten zurückgestellt werden müssen. Die Erfahrung lehrt, daß das Haushaltsgeld gewöhnlich nicht ausreicht, und daß immer mehr ausgegeben werden muß, als theoretisch festgestellt ist. —

An den Kämpfen im Baugewerbe sind naturgemäß auch die Statikure in besonderer Weise beteiligt. Auch deren Organisation rüstet darum zu einem harten Strauß: Am Jahresanfang (1. und 2. Januar) fand eine Konferenz des Vorstandes, des Ausschusses und der Gauleiter statt, die beschloß, daß zur Führung der in diesem Frühjahr zu erwartenden Lohnkämpfe die Filialen ihre örtlichen Fonds darlehnsweise der Hauptkassse zur Verfügung stellen. Die in Banken, Sparkassen, Gewerkschaftskassen, Konsumvereinen deponierten Gelder sind alsbald zu kündigen oder sonst schnellstens verfügbar zu machen. Die Ueberführung der Filialvermögen an die Hauptkassse soll in möglichst kurzer Zeit vollzogen werden. Weiter wurde die Erhebung von Extrabeiträgen beschlossen; und zwar soll jedes Mitglied vom 12. Februar ab wöchentlich 1 M. Extrabeitrag zahlen, der voll an die Hauptkassse abzuführen ist. Arbeitslose Mitglieder, soweit sie infolge Arbeitslosigkeit statutarisch von den ordentlichen Beiträgen befreit sind, zahlen den Extrabeitrag nicht. Ferner sprach die Konferenz sich dahin aus, daß in Anbetracht des zu erwartenden außerordentlichen Umfangs des Kampfes die zu zahlende Streikunterstützung den Maßnahmen der im Statut festgesetzten Höhe nicht überschreiten soll. Das gilt für die einzuhaltende dreitägige Marenzzeit sowie für eventuelle örtliche Zuschüsse.

Ueber einen „Vorzug“ des Kost- und Logiszwanges berichtet die „Korrespondenz gegen den Kost- und Logiszwang“: Dieses System hat für die

Herrn Arbeitgeber mancherlei Vorzüge. Wir sind immer so bescheiden und glauben, daß es dem Meister hauptsächlich darum zu tun ist, billige und willige, zu jeder Zeit des Tages und der Nacht zur Verfügung stehende Arbeitskräfte zu haben. Auch wissen wir, daß der Kost- und Logiszwang sehr häufig ein lukratives Geschäft für den Meister oder dessen Frau bedeutet. Aber dieses System hat der Vorzüge so viele, daß die Meister tagtäglich neue entdecken und daher mit allen Mitteln den Bestrebungen der organisierten Arbeiter entgegenarbeiten. Es ist schon eine bekannte Tatsache, daß der erkrankte Arbeiter im Kost- und Logiszwang in den allerbesten Fällen im Logis des Meisters verbleiben kann. Einmal braucht der Arbeitgeber neue Arbeitskräfte und auch Logis für den Ersatz. Dann sind diese Schlafräume für gesunde Arbeiter in den meisten Fällen eine Gefahr, um wieviel mehr für den erkrankten Arbeiter. Nun besteht aber auch auf der anderen Seite das Bestreben seitens der Innungen, Leistungsunfähige Innungsrankenfassen zu schaffen, die dem Gesellen in der Zeit der Erkrankung nur eine mangelhafte Stütze bieten. Diese Innungsrankenfassen sollen bekanntlich billig arbeiten, auf der anderen Seite fehlt die Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft. So hat man sich jetzt in Köln in den Innungskreisen mit dem Gedanken der Gründung einer derartigen Klasse beschäftigt. In einer dortigen Versammlung machte ein Herr Witz-Gibberfeld den Herren besonders den Mund durch den Hinweis auf die niedrigen Beiträge wässrig, die sie dann zu zahlen hätten. Ein anderer machte dann noch die Bemerkung, daß die Innungsklassen schon deshalb billiger wirtschafteten, weil sie keine Simulanten hätten; denn durch das Kost- und Logiswesen ständen die Mitglieder ja unter Aufsicht! Also wieder ein Vorzug des Kost- und Logiswesens! Leider stehen die Behörden den Innungsrankenfassen nicht unfreundlich gegenüber zum Schaden der Verletzten. Nur starke Organisationen können mit dem Kost- und Logiszwang und dessen Nebenerscheinungen ein Ende machen. Hoffentlich sieht man dieses auch in Köln ein, bevor es zu spät ist.

**Abrechnungen**

vom 4. Quartal 1909 gingen weiter bis zum 18. Januar bei der Verbandskasse ein: Von Rathenow mit 600,— M., Slogau 61,77 M., Kattowitz 163,92 M., Bant-Wilhelmsbaben — M., Bremerhaven 80,— M., Lübeck 152,24 M., Rostock — M., Braunschweig 270 M., Altenburg 100 M., Eisenberg 1169,66 M., Jena 100 M., Varmen-Eberfeld 750,— M., Duisburg-Anholt 100 M., Hagen 129,25 M., Gau 11 80,32 M., Gießen 105,34 M., Hanau 277,60 M., Leipzig 14 081,95 M., Straßburg 150,— M., Freiburg 250,— M., Konstanz 100,— M., Erlangen 300,— M., Gau 17 — M. und von Kaufbeuren mit 165 M. E. Gaueisen.

**Quittung.**

Für die ausgesperrten Kollegen in Krefeld gingen noch ein: Von Herlohn 5 M. Auch hierfür unseren Dank. Zahlstelle Krefeld.

**Briefkasten.**

M. J. in S. Inserat kostet 2 M. — G. D. in B. Zum Bedrucken von Moteskin müssen Sie gemischten Puder benutzen und die Presse nur mäßig warm halten. Die Wärme der Presse richtet sich nach der Menge des gelben Puders. Ein Vordruck ist unnötig. — C. Dr. in D. Seit 13 Wochen erhalten Sie doch schon die gewünschte Anzahl. — G. J. in L. Gar nichts, das Gegenteil ist richtig! — H. C. in E. Das Papier ist nur auf einer Seite zu beschreiben. — S. S. in D. In solcher Ausführlichkeit können wir nicht berichten. Der eingesandte Artikel nähme rund 3 Spalten Platz in Anspruch. —

**Literarisches.**

Die Abendburg, Chronika eines Goldsuchers. Von Dr. Bruno Wille. Mit diesem Roman, für den der Verfasser von einem literarischen Komitee einen Ehrenpreis von 30 000 M. erhielt, beginnt die Zeitschrift „In Freien Stunden“ den neuen Jahrgang. Der Roman ist bei seinem Erscheinen lobend besprochen worden. Es ist daher anzunehmen, daß die Leser der „In Freien Stunden“ diesen Roman mit besonderem Interesse aufnehmen, und es wäre zu wünschen, wenn recht viele Parteigenossen und Genossinnen das Streben des Verlags, nur die

besten Romane zum Abdruck zu bringen, unter-  
 stützen, indem sie für weitest Verbreitung der  
 Wochenschrift „In Freien Stunden“ agitieren.  
 „In Freien Stunden“ ist geschaffen worden, um  
 die gemitteltverdienende Schichtliteratur aus den  
 Wohnungen der Arbeiter zu entfernen. Jeder  
 Arbeiter, der für die Verbreitung der Wochen-  
 schrift tätig ist, trägt mit bei zur Erreichung des  
 durchaus erprobenswerten Zieles.

„In Freien Stunden“ erscheint wöchentlich und  
 kostet pro Heft 10 Pf. Da Heft 1, in dem der Ab-  
 druck des Romans „Die Abendburg“ beginnt, soeben  
 zur Ausgabe gelangt, ist jetzt der günstigste Termin  
 zum Anfang eines Abonnements. Zu beziehen durch  
 alle Zeitungsausträger, Kolportiere, Expeditionen  
 und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag: Buch-  
 handlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

**Arbeiterjugend.** Wie die Redaktion mitteilt,  
 wird mit dem 2. Jahrgang, in dem unser Jugend-  
 organ jetzt eintritt, der Umfang des Blattes um  
 einen halben Bogen vergrößert, so daß die Nummer  
 künftig 16 statt 12 Seiten umfassen wird. Auch  
 sollen von nun an den Artikeln mehr Illustrationen  
 beigegeben werden.

Daß schon nach Jahresfrist zu dieser Vergröße-  
 rung und erweiterten Ausgestaltung unseres Jugend-  
 organs geschritten werden konnte, ist ein Beweis  
 dafür, daß sich das Blatt bei der arbeitenden Jugend  
 gut eingeführt hat. Diese erfreuliche Tatsache geht  
 auch aus dem Umstande hervor, daß die Abonnenten-  
 zahl des Blattes sich in Jahresfrist ungefähr verdoppelt  
 hat und nunmehr nahezu 40 000 beträgt.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nr. 1 ist  
 hervorzuheben: Ein Jahr des Kampfes und der  
 Arbeit. — Aus meiner Kindheit. Von Otto Krille.  
 — Die Bauernbefreiung. Von Gustav Eckstein.  
 — Der Dichter der Mäuer. (Der junge Schiller.  
 3. Illustriert). — Die väterliche Gewalt des Lehr-  
 herrn. — Ueber die Pflege der Unterhaltung und  
 Geselligkeit. Von H. Weimann-Dresden. — Jugend-  
 bewegung des Auslandes. — Die hereingefallenen  
 Innungsmeister. — Vom Kriegsschauplatz. — Des  
 Lehrlings Leidenschronik usw.

Beilage: Proletarischer Silvester (Bild). — Der  
 Geiß-Christel. Von Ernst Zahn. — Von Ruß  
 und Schmutz. Von Hulda Maurenbrecher. — Zwei  
 Gräber. Von Marie von Ebner-Eschenbach. — Zum  
 neuen Jahr. Gedicht von Klara Müller.

**Kommunale Praxis,** Wochenschrift für Kom-  
 munalpolitik und Gemeindefozialismus. Mit dem

1. Januar beginnt der 10. Jahrgang dieser Zeit-  
 schrift. Wir erwähnen aus dem Inhalt der ersten  
 Nummer: Was lehren Arbeiterbudgets für die Ge-  
 meindepolitik? — Beamtenmaßregelungen wegen  
 staatsfeindlicher Stimmabgabe bei Stadtverordneten-  
 wahlen. — Talonsteuer. — Wertzuwachssteuer.  
 — Darlehen statt Obligationsanleihen. — Die Er-  
 nährung der deutschen Schulkinder. — Volks-  
 und Jugendspiele. — Lehrergelälter. — Errichtung einer  
 Arbeitslosenversicherung. — Zur Reform des  
 Armenpflegekontingents. — Strafrecht und Armen-  
 wesen. — Landüberweisung an Arme. — Armen-  
 unterstützung und öffentliche Rechte. — Berliner  
 Rundschau. — Badepfense. — Aus den Berliner Vor-  
 orten. — Ein Kommunalkonflikt. — Aus Baden. —  
 Stadtverwaltung und Arbeitsnachweis. — Stettiner  
 Schulwesen. — Wahlkampf in Elberfeld-Barmen.  
 — Kommunale Fragen in Zeitschriften und neuen  
 Büchern. — Wahlterrorismus in Westdeutschland  
 u. a. m.

Ein kurzer Blick auf die Inhaltsangabe einer  
 Nummer läßt die Reichhaltigkeit und Wichtigkeit  
 des gebotenen Materials erkennen. Durch ein jähr-  
 lich erscheinendes Inhaltsverzeichnis sowie Sach-  
 register wird die „Kommunale Praxis“ zu einer un-  
 entbehrlichen Materialquelle für jeden Genossen, der  
 in der Gemeindeverwaltung tätig ist. Abonnements  
 zum Preise von 3 M. pro Quartal nehmen alle  
 Postanstalten, Buchhandlungen sowie Zeitungs-  
 expeditionen entgegen. Probenummern sendet gratis und  
 franko der Verlag Buchhandlung Vorwärts,  
 Berlin SW. 68.

**Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage  
 1863—1909,** bearbeitet von Wilhelm Schröder. Kom-  
 plett in circa 18 Lieferungen à 30 Pf. zu je 32 Seiten.  
 Verlag von G. Birk u. Co. m. b. S., München.

Jeder in der Arbeiterbewegung Tätige wird  
 schon oft ein Nachschlagewerk vermist haben, wenn  
 er feststellen will, wie sich die Sozialdemokratie  
 zu einer sozialen oder politischen Frage offiziell  
 verhalten hat. Bisher mußte man, um darauf  
 die Antwort zu finden, unter Zuhilfenahme des  
 Gedächtnisses die immer stärker werdende Zahl  
 der Protokolle zur Hand nehmen, wodurch großer  
 Zeitverlust entstand. Wenn das Werk vollendet  
 vorliegt, ist das nicht mehr nötig. Alles was in  
 46 Jahren auf den Parteitag verhandelt und be-  
 schlossen wurde, findet man alphabetisch geordnet  
 vor. So enthält Lieferung 1 z. B. den Achtstun-  
 den tag, Antarsfrage, Grund- und Bodenfrage, Licht-  
 uhrladenschluß, Akademiker, Akkordarbeit, Akkord-

maurer, Alkoholfrage und Anarchisten. Für Refe-  
 renten wird das Werk geradezu unentbehrlich  
 werden, da es ihnen nicht nur Material liefert,  
 sondern auch den Zeitverlust des Zusammen-  
 tragens erspart. Die Lieferungen erscheinen  
 14tägig.

Die soeben erschienene Nr. 1 des Postillon ent-  
 hält an Vollbildern und Illustrationen: Profit Neu-  
 jahr! — Eine neue Triole. — Prophezeiungen für  
 1910. — Fest steht und treu die Nacht, die Nacht am  
 Rhein. — Fadelzug der vereinigten Meisenhändler.  
 — Im Vorzimmer. Aus dem Text erwähnen wir:  
 1910. — Aus der Reichshauptstadt. IV. — Schloß-  
 legende. — Der Tabakarbeiter. — Der Schnaps-  
 bohrt. — Von blanken Knöpfen. — Mit schwerem  
 Herzen. — Konservativer Parteitag.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probe-  
 nummern sind jederzeit durch den Verlag Paul  
 Singer in Stuttgart, sowie durch alle Buchhand-  
 lungen und Kolportiere zu beziehen.

**„Wie bereite ich mich auf die Meisterprüfung  
 vor?“** Von F. W. Eitmeier, Vorsitzendem der  
 Meisterprüfungskommissionen für das Fürstentum  
 Lippe (Nord-Bezirk). Verlag von Heinrich Killinger,  
 Leipzig und Nordhausen. Preis kartoniert 1 M.

**Atmungsastik.** Von Otto Nühse. Heft 21 der  
 Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Zunächst werden in einem Kapitel: „Atmen  
 und Atmungsorgane“ die Grundlagen für eine  
 rationelle Atmungsastik gewonnen und wird die  
 Bedeutung einer ausgiebigen Ventilation der  
 Lungen gewürdigt. Darauf gibt der Verfasser an  
 der Hand zahlreicher — mehr als 2 Tausend —  
 selbstentwerfener Figuren eine anschauliche An-  
 leitung zur Ausführung der Übungen: zur Ventila-  
 tion der Lungenspitzen, nach dem Ablauf von  
 Aufstößen, Lungen- und Brustfellentzündungen,  
 bei chronischer Stuhlverstopfung, bei Asthma, bei  
 Freiluftbehandlung von Lungenkranken usw. Wer  
 diese Freiübungen täglich bei offenem Fenster,  
 methodisch vom Leichterem zum Schwereren an-  
 steigend, mit dem Verfasser mitmacht, wird nicht  
 bloß seine Lungen, sondern ebenso Herz, Muskeln,  
 Nerven, mit einem Wort den ganzen Menschen  
 kräftigen und widerstandsfähiger machen — wird  
 richtig ein- und ausatmen lernen, was nicht viele  
 verstehen.

Preis 50 Pf., Volksausgabe 20 Pf. Zu be-  
 ziehen durch alle Buchhandlungen sowie vom Verlag  
 der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

**ANZEIGEN**

Unserem lieben Kollegen Peter Ritz  
 nebst seiner lieben Frau Fräulein  
 Traudchen Ritzgen zur Vermählung die  
 herzlichsten Glückwünsche!  
 Zahlstelle Saarbrücken.

**Etuisarbeiter**  
 gefragt für Amsterdam. Perfekt auf  
 Etalagen und Bijouterie-Etuis. Dauernde  
 Stellung. Offerten unter E. M. 118 an  
 die Annoncen-Expedition D. J. Alta,  
 Amsterdam.

Tücht. Etuisarbeiter auf Etalagen gesucht.  
 W. Naumann, Leutzsch b. Leipzig, Weststr. 10.

**Buchbinderei, Papier- u. Einrahme-Geschäft**  
 ist in verkehrter Straße ein. fäch. Großstadt  
 best. eingerichtet, 5 Jahre besteh. Familien-  
 verhält. halb. f. 5000 M. resp. Inventarwert  
 sof. od. bald. z. verk. Sans kann mit über-  
 werden. Offert. unt. S. 500 an d. Exp. d. Bl.

**Anton Spindler, Leipzig-Th.**  
**Vorteilhafte Bezugsquelle**  
 in besten Rotguss-Schriften, Gravuren  
 für Presse und Handvergoldung  
 Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere  
 Japanische Neuheiten  
 Maschinen, Werkzeuge u. Materialien  
 zu äussersten Preisen  
 Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
 Zahlstelle Berlin  
 Verwaltungsstelle Berlin der Zentralkrankenkasse der Buchbinder  
 und Gesangsverein „Liberté“.

---

**Sonnabend, den 29. Januar 1910, in dem prachtvoll  
 dekorierten Riesensaal der Neuen Welt, Hafenside 108—114:**

**Alpen-Fest**  
**Kirmesfest am Tegernsee**

Umzug der Senner und Sennerinnen :: Besteigung der „Jungfrau“  
 unter Leitung berühmter Führer :: Alpenglücken :: Fahrt zu Tal ::  
 Auftreten des Gesangsvereins „Zillerthal“ sowie der Tirolergesellschaft  
 „Schnupplattler“ und allerhand andere Belustigungen.

**Sillett inkl. Tanz 60 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.**

Abendbasse findet nicht statt.  
 Silletts sind bei den Vertrauenspersonen, im Bureau des Ver-  
 bandes, Engel-Platz 15, Zimmer 89/40, und im Bureau der Kranken-  
 kasse, Zimmer 24, sowie in den Übungsstunden des Gesangsvereins zu  
 haben. — Die Teilnehmer werden gebeten, in möglichst dem Alpenfeste  
 entsprechender Garderobe zu erscheinen.

**Das Komitee.**

**Buchbinderei-Einrichtung**  
 gegen Kasse zu kaufen gesucht. Schrift-  
 liche Offerten mit Angabe, wann eine  
 Besichtigung stattfinden kann, erbittet  
 Berlinische Verlagsanstalt, G. m. b. H.,  
 Berlin NW. 23.



Lieferung ganzer Einrichtungen  
 für Buchbinderladen u. -Werkstatt  
**O. Th. Winckler, Leipzig**

**Inserate** finden nur  
 Aufnahme  
 wenn ihnen der Betrag  
 beigelegt ist.